



Die Stellung der Arbeiterschaft zur Politik.

Von
Paul Kampffmeyer.
(Reihfolde.)

In der wirthschaftlichen und sozialen Welt regt sich überall neues Leben. Umfangreiche, auf gesellschaftlicher Massenarbeit basirende Betriebe, grosse Konsumverbände, und riesige Magazine entstehen. Der Trieb zur Genossenschaftsbildung bricht sich machtvoll Bahn. Selbst der kleine Einzelbetrieb wird oft aus seiner Isolirung herausgerissen und mit anderen Betrieben zur Pflege gemeinsamer Intéressen verknüpft. Es setzen sich in der Wirthschaft starke zusammenfassende, ordnende Tendenzen durch. Mit einem Wort, vor unseren Augen zeigen sich vielversprechende Ansätze zu einer neuen, geregelten Volkswirtschaft.

Im sozialen Leben drängen sich Umwälzungen auf Umwälzungen. Das Proletariat entwickelt sich zur zahlreichsten sozialen Klasse, die durch ihre eigenartigen Lebensanschauungen, Sitten, Gewohnheiten etc. die Gesellschaft im wachsenden Maasse beherrscht. Die proletarische Klasse gewinnt ihre Existenz aus ihrer Hände Arbeit. Ihr Besitz, ihr Eigenthum ist die Frucht ihrer Anstrengungen. Daher sieht sie in der Arbeit allein eine gerechte Grundlage für die Eigenthumbildung, und sie macht Front gegen jede Form des ausbeuterischen Besitzes. Die kritischen Gedanken über das bürgerliche Eigenthum, die von den sozialistischen Theoretikern so überzeugend niedergelegt wurden, verpflanzten sich selbst in die Köpfe der harmlosesten Bürger. Nach und nach gewöhnt sich die öffentliche Meinung daran, die Arbeiter als ausgebeutet, also geknechtet zu betrachten, und sie werthet nun den wirthschaftlichen und politischen Kampf des Proletariats ganz anders wie vorher. In die Zeitungen fliessen die proletarisch-sozialistischen Ideen in reicher Fülle hinein, und sie werden dort eine soziale Grossmacht. Ihr Einfluss legt theilweise die rückständige Ideenwelt lahm, die der Staat mit seiner streng religiös-autoritären Erziehung zu stützen sucht. Ausserhalb des Staates, ja meist in grimmer Fehde mit ihm wächst sich die sozialistische Litteratur zu einem wirklichen Volks-erzieher aus.

Eine ganz neue Position in der Gesellschaft erkämpft sich die Frau. Sie tritt aus ihrer engen Häuslichkeit heraus in das öffentliche Leben, in die Fabrik, in das Magazin, in das Bureau, in den Lehrsaal etc. Sie stellt sich wirthschaftlich auf eigene Füße und bedarf nicht mehr der schützenden und erwerbenden Hand des Mannes. Sie wird in ihrer Liebeswahl unab-

hängig von den Besitzverhältnissen des sogenannten geborenen Familienernährers. Und so bilden sich in der heutigen Gesellschaft die Fundamente für eine freiere, veredeltere, nicht mehr durch Besitz- und Klassenverhältnisse bestimmte Ehe. Und während sich die soziale Welt so in den wichtigsten Punkten wandelt, besteht im Staate noch die rückständige Auffassung von der Minderwerthigkeit der Frau und eine veraltete Ehe- und Familiengesetzgebung ruhig fort. Ausserhalb des Staates bildet sich in Bezug auf die Stellung der Frau und auf die Familienverfassung ein soziales Neuland.

Die Gesellschaft befindet sich in einer rüstigen Vorwärtsbewegung, und mit ihr namentlich die jüngste, lebensfrischeste Klasse, das moderne Proletariat.

In seinem energischen sozialen und wirthschaftlichen Sturm Laufe rennt das Proletariat nun oft gegen staatliche Schranken an, und daher wird es gleichsam mit der Nase auf die politische Thätigkeit gestossen. Und gerade diese Schranken weisen ihm den Weg für seine praktische Politik. Das Proletariat hat vor Allem den staatlichen Verhältnissen die nöthige Biegsamkeit und Gelenkigkeit zu verleihen, damit sie sich allen Wandlungen des ökonomischen und sozialen Lebens leicht anpassen können. Dem Staat muss sein starr autoritärer Charakter, sein Heiligenschein, sein Gottesgnadenthum genommen werden. Und diesem Ziel nähert man sich durch eine vollständige Trennung der Kirche vom Staat und durch ein System der weitgehendsten Selbstverwaltung. Der autoritäre, von einer Zentralstelle geschaffene und geleitete Beamtenorganismus hat einem wählbaren Selbstverwaltungskörper Platz zu machen.

Schaut man gerade auf die autoritären Charakterzüge der einzelnen Staatsordnungen, so begreift man sofort, dass die Frage nach der Staatsform das Proletariat nicht gleichgiltig lassen kann. Eine absolute Monarchie, in der sich nur der Monarch und vielleicht die ihn umgebenden sozialen Gruppen politisch durchsetzen können, schliesst eine ganz andere Knechtschaft für das Proletariat in sich, als eine wohlgeordnete, auf Selbstverwaltung gegründete Demokratie, die allen ökonomischen und sozialen Vereinigungen die volle Bewegungsfreiheit giebt. Eine Mehrheitsherrschaft selbst ist immer weniger freiheitsfeindlich als eine Minoritätsherrschaft, als das Regiment irgend einer übermächtigen Gruppe. Dort wird eine Minderheit und hier eine Mehrheit unterdrückt. Ueberdies lässt sich die Majoritätsherrschaft wesentlich durch ein proportionales Vertretungssystem abschwächen, das selbst die Repräsentation kleiner Parteien zulässt. Dadurch wird der autoritäre Charakter der Mehrheitsherrschaft gemildert. Das Mehrheitsregiment kann ferner durch die direkte Antheilnahme der Massen an der Politik, durch die Volksgesetzgebung, verbessert werden. Kurz, es stehen dem Proletariate Mittel genug zur Verfügung, um den autoritären Seiten des Staates die Spitzen und Ecken abzubrechen. Zu dem letzten Ziele führt ebenfalls eine möglichst grosse Selbstherrlichkeit, Autonomie der Gemeinden, Kreise, Provinzen etc.

Selbst der sattelfesteste Anarchist wird nicht leugnen können, dass eine konsequente, ganz auf der Selbstverwaltung gebaute Demokratie ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege der Autoritätslosigkeit ist. Aber er wird behaupten, dass man schneller zum Ziele durch die vollständige

Negation der Staatsherrschaft gelangt. Er wird sich also folgerichtig an keiner politischen Aktion mehr betheiligen. Er unterstützt selbst die politisch-parlamentarischen Bestrebungen nicht, die der Arbeiterklasse eine grössere Ellbogenfreiheit sichern wollen. Er, der sich für die Herrschaftslosigkeit begeistert, soll dem Staate und seinen gesetzgebenden Körperschaften seine Hand leihen? Das ist ein leibhaftiger Prinzipienverrath! Im Leben nun prallt der Anarchist auf Schritt und Tritt gegen den Staat und seine Herrschaftseinrichtungen an, und er muss ihnen seine Reverenz erweisen, wenn er nicht jeden Boden für seine propagandistische Thätigkeit verlieren will. Er hat sich direkt umzubringen, wenn er den staatlichen Gewalten entschlüpfen will. Er erhängt sich, und siehe, der böse Staat greift noch nach dem Erhängten.

Beinahe jede Handlung seines Lebens bereichert die Inhaber der autoritären Gewalt. Seine Arbeit giebt ihnen Brod, und aus seinem Konsum fliessen Steuern in die nimmersatte Staatskasse. Er kann nicht im Freien kampiren, sondern bedarf des schützenden Daches. Nun harren aber dort seiner der Hauswirth mit seiner Miethe, der Staat mit seinen Steuerlasten. Und so befestigt der Unglückliche wieder die Fundamente der Staatsordnung, die er konsequent in der Theorie negiren will.

Der anarchistische Sozialist will eine lebhaftige Propaganda für seine Ideen in Wort und Schrift entfalten. Zu diesem Zwecke hat er sich in Deutschland einer ganzen Reihe von staatlichen Zwangseinrichtungen unterzuordnen. Er schickt seine Zeitung der Polizei zu und setzt einen verantwortlichen Redakteur in die Zeitung hinein. Der Redakteur sucht sich nach Möglichkeit der Strafgesetzgebung des Landes anzupassen. Als Agitator zeigt der Anarchist der Polizei die Versammlungen seiner Gesinnungsgenossen an und unterstellt sie der Aufsicht eines Staatsbeamten. Und nun, nachdem er wohl oder übel den Staat in tausend Beziehungen anerkannt hat, weigert er sich, seine Kräfte in den Dienst politisch-freiheitlicher Bestrebungen zu stellen! Er sieht die wenigen Freiheiten seiner kämpfenden Brüder bedroht, und doch bleibt er dabei kühl bis ans Herz hinan und dozirt fein abstrakt mit dem Finger an der Nase:

Die Betheiligung an den Wahlen verstärkt die staatliche Autorität, sie streut einer Herrschaftseinrichtung, wie dem Parlamente, Weihrauch. Meine Prinzipien schliessen keine Kompromisse mit staatlichen Machtorganisationen, derartige Kompromisse korrumpiren die Prinzipien.

Nun, ist nicht Deine ganze öffentliche Stellung, ja Dein ganzes Leben ein ständiger Kompromiss, erkennst Du nicht auf Schritt und Tritt die staatlichen Herrschaftseinrichtungen an, und zwar nicht nur das simple Parlament, sondern das mächtige Heer, die Polizei, die Justiz etc.? Du dienst im Heere, der grossen Stütze der Monarchie, Du ordnest Dich den Befehlen der Polizei unter, und Du erkennst das Strafgesetzbuch an!

Und doch denkst Du, dass das bischen Wählen und das winzige Parlament Deine Prinzipien schon kurrumpirt. Guter Freund, Du überschätzt das Wählen und das Parlament.

Nach unserer Meinung scheint eine ganze Reihe von Argumenten gegen die Wahlbetheiligung thatsächlich aus einer Ueberschätzung des Wählens und der Parlamente hervorgegangen zu sein. Merkwürdiger

Weise reichen sich in dieser Hinsicht die fanatischen Freunde und erbitterten Feinde der Wahlbewegung die Hand.

Der Anarchist hält sich also schmolend von jeder politischen Bethätigung fern. Wenn nun diese seine negirende Taktik die Zustimmung der Bevölkerung findet und direkt praktische Resultate zeitigt, so werden dem Staate keine ernsthaften Hemmnisse mehr in den Weg gelegt, seine Herrschaftseinrichtungen fester und immer fester zu begründen. Von den Wahlen ziehen sich die Massen zurück, und in dem Parlamente erhebt sich kein Widerspruch gegen das freiheitsfeindliche staatliche Herrschaftssystem. Das Volk steht ausserhalb der gesetzgebenden Körperschaften dumpf grollend. Der Staat sieht die dräuende Gefahr, er verstärkt seine Machtapparate und beschneidet dem Volke seine wenigen Rechte und Freiheiten. Das Volk begehrt auf und wirft die organisirte Staatsgewalt nieder. Es merzt dann Alles systematisch aus, was nur irgend an den Staat und seine Herrschaftsmittel erinnert. In dem Kopfe dieses oder jenes Anarchisten mag sich so der politische Entwicklungsgang darstellen.

Gehen wir diesen hier zuletzt erörterten Vorstellungen auf den Grund, so entdecken wir zu unserem Erstaunen wieder die alte dialektische Entwicklungstheorie. Das Herrschaftssystem richtet sich durch sich selbst zu Grunde. Die politische Knechtschaft erreicht eine solche Höhe, dass sie einen allgemeinen Widerstand gegen sich entzündet. Sie ruft dadurch ihren direkten Gegensatz ins Leben, die Aufhebung der Knechtschaft, die Freiheit. Daher muss man dem Staat völlig freien Spielraum zur Entfaltung seines Herrschaftscharakters lassen. Nur durch diese konsequente Entfaltung hebt er sich selbst auf. Diese Annahme nun setzt wieder stillschweigend voraus, dass das Volk in seiner Gesamtheit durch den wachsenden Druck des Staates immer revolutionärer wird. Kann der Druck nicht ebenfalls die laueren, namentlich die noch nicht zum politischen Leben erwachten Klassen widerstandsunfähig machen, kann er ihnen das Rückgrat nicht völlig zermalmen? Der Druck wirkt nur unter gewissen Verhältnissen revolutionär, gerade wie das Elend.

Wir stossen ferner bei diesen Ideengängen, gerade wie bei der Entwicklungstheorie, auf den gleichen Umschlag eines Extrems in sein Gegenheil: Die vollendetste Form der Herrschaft schlägt in die absolute Herrschaftslosigkeit um. Nun, wir glauben an diesen Umschlag, diesen Sprung nicht. Nach unserer Meinung wirft der Staat nach und nach seine autoritären Hüllen ab, er wird eine immer freiere Organisation, die den mannigfaltigsten ökonomischen und sozialen Gruppen einen möglichst freien Lauf lässt. Vergleichen wir die staatlichen Zustände früherer Zeiten mit unseren heutigen, so fällt es uns direkt auf, in wie hohem Maasse die Autorität, die Strenge und Macht der Staatsgewalt abgenommen hat.

Der Staat war früher ein echter rechter Hans Dampf in allen Gassen. Er reglementirte die Wirthschafts- und Arbeitsverhältnisse seiner Unterthanen, spielte ihren Sittenrichter und überwachte ihre Religionsübungen. In dem Herrschaftsbereiche des Absolutismus hatte der Staatsangehörige nicht einmal ein gegründetes Recht auf seine Person. Der liebe Landesvater konnte seine Unterthanen verschachern und willkürlich in den bunten Rock stecken. Der Landesvater blickte ihnen sehr aufdringlich in

die Bücher hinein und entriss ihnen die gottlosen und verderblichen Schriften, die ihrer unterthänigen Schafsdemuth gefährlich werden konnten. Ueberall stand die staatliche Zensur der Bücher und Zeitungen in vollster Blüthe.

Der Staat fesselte die erdrückende Mehrzahl der Bevölkerung durch die Leibeigenschaft an die Scholle und bannte sie an einen Beruf fest. Von der Gnade des allherrschenden Staates hing im XVIII. Jahrhundert die Gewerbeverfassung, die Innung und die Gilde ab. In die Innungsstatuten schrieb er sich mit starker Hand hinein und modelte dort nach seinem Belieben die Paragraphen zurecht. Jeder energischen Lohnbewegung warf der Staat sofort gesetzliche Knüttel in den Weg. Der Streik erschien den guten Völkerhirten wie ein wahrer Aufruhr. Auf den Streik stand in einigen Landestheilen „Schellenwerk“ und Zuchthaus. Der Geselle, der den „blauen Montag“ feierte, musste der Obrigkeit angezeigt werden. Polizeibüttel liefen die Wirthschaften auf und ab, um die feiernden Gesellen von dort zu verjagen. Mit einem Heuschreckenschwarm von Polizeitaxen brach der absolute Staat in das Wirthschaftsleben hinein. Was musste er auch nicht Alles mit festen Taxen belegen: die Löhne zahlreicher Handwerker, die Preise der Waaren, die Operationen der Chirurgen etc. etc. Das wirthschaftende Individuum fühlte überall an Händen und Füßen schwerlastende Ketten und Bande. Der Staat durchschnüffelte mit seiner hochweisen Nase die allerpersönlichsten Angelegenheiten des Individuums. Er redete gar vernehmlich durch seine Luxusgesetze in die Bekleidungsfrage hinein, er überzählte die Gerichte der Hochzeitstafeln, er setzte die Trauerzeiten fest, er kümmerte sich sogar noch um den Sarg der Verstorbenen. Seine lieben Schäflein zwang der Staat zu einer äusseren Frömmigkeit durch häufige Kirchenbesuche und hielt sie durch strenge Strafen zu den gottesdienstlichen Gebräuchen an. So verfolgte der Staat die Unterthanen mit seinem Zwange sogar bis in das Gotteshaus und in die letzte Ruhestätte hinein.

Der absolute Staat ist gestürzt, und die wirthschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse haben sich ein Bürgerrecht errungen. Aber nicht ohne mühevollen Anstrengungen erstritten sie es sich, und tapfer kämpfend befestigen und erweitern sie es ständig. Und sie müssen es erweitern gegen einen Wall staatlicher Hindernisse. Noch wuchern nämlich in unserem lieben Vaterlande die rückständigsten Gesetze in Bezug auf die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit der Arbeiter fort. An diese Gesetze wird die Arbeiterklasse die Axt legen. Ganze Klassen der Bevölkerung, die Arbeiter und Beamten des Staates sind heute noch nicht einmal im Besitze des Koalitionsrechts. Und doch hat das Koalitionsrecht gerade für diese Klassen eine so besondere Bedeutung. Man räume z. B. den Beamten und Arbeitern des Staates ein uneingeschränktes Vereinigungs- und Versammlungsrecht ein, und der so häufig in den Staatsbetrieben herrschende Unteroffiziergeist ist todt. Wenn sich die staatlichen Arbeiter und Beamten zu wirthschaftlichen Organisationen, die energisch ihre Interessen verfechten, zusammengeschlossen haben, so werden sie bei allen Lohn- und Gehaltsfragen vom Staat gehört werden müssen. Ihr entschiedener Widerspruch kann einen allgemeinen Stillstand

in ganzen Zweigen der Staatsthätigkeit herbeiführen. Auch ein Staatsbetrieb lässt sich in eine rationelle freiheitliche Wirthschaftsorganisation verwandeln, auch er kann sich zu einer „konstitutionellen Fabrik“ entwickeln, wenn die Arbeiter und Beamten gerade wie der Staat als eine gleichberechtigte vertragschliessende Macht angesehen werden. Die Lage eines Staatsbeamten in einem wirklich freien Staate ist durchaus nicht so hoffnungslos geknechtet, als vielleicht mancher Anarchist in der Idee annimmt. Der organisirte schweizerische Staatseisenbahnbeamte, der die vollste politische und wirthschaftliche Freiheit geniesst, wird nicht mit einem Arbeiter des Herrn Stumm tauschen wollen. Die Herrschaft, die von einem übermächtigen Einzelkapitalisten geübt wird, ist mitunter bedrohlicher und freiheitsgefährlicher als die des Staates selbst. Der Einzelkapitalist kann die religiöse und politische Gesinnung seiner Arbeiter knechten und ganz gewaltsam in das Privatleben derselben eingreifen. Er verbietet ihnen die Lektüre sozialistischer und freisinniger Zeitungen und den Eintritt in bestimmte politische und wirthschaftliche Verbände, er hält sie zum Kirchgang und zu den religiösen Gebräuchen an und verweigert ihnen keck die Erlaubniss zur Heirath. Er vereinigt vielleicht in einer Person den Brodherrn, Polizisten und Sittenrichter. Der Einzelkapitalist hat dank seiner kolossalen Herrschaftsmittel sogar die Macht, sich eine eigene Polizei und ein eigenes Heer zu schaffen. Man kennt leider aus amerikanischen Erfahrungen heraus nur zu gut den unheilvollen Einfluss der Privatdetektivs und der Pinkertons. Der Staat hat also nicht allein die Herrschaftsmittel zur Knechtung und Unterdrückung der Individuen in Erbpacht genommen. Wo er aber über diese Mittel verfügt, da hat sie ihm die Arbeiterklasse zu entreissen. Sie muss das Joch einer harten Dienstbarkeit von den Schultern der staatlichen Beamten und Arbeiter nehmen und ihnen eine völlige Bewegungsfreiheit garantiren.

Die Arbeiterklasse steht in ihrem Emanzipationskampfe meist einem schwerbeweglichen zentralistischen Staate gegenüber, der lähmend auf den grossen ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozess einwirkt. Hochindustrielle Kreise sind mit ganz rückständigen ländlichen Gebieten staatlich vereinigt, und eine starre Zentralisation raubt den vorgeschrittenen Kreisen jede Möglichkeit zu einer selbständigen Entfaltung. Die Arbeiterklasse hat daher den Staat durch eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden und Kreise zu mobilisiren. An die Stelle autoritärer Beamtenkörperschaften treten freie Selbstverwaltungsorganisationen.

Eine freiheitliche Selbstverwaltungsgesetzgebung giebt der sozialpolitischen Thätigkeit der Arbeiter in den Kommunen einen wesentlichen Stützpunkt. Viele Kommunen erfreuen sich eines reichen Landesbesitzes und ausgedehnter Betriebe. In ihren Händen ruht die Entscheidung über das Schicksal grosser Arbeitermassen. Sie können die wirthschaftliche Lage der Kommunalarbeiter wesentlich verbessern. Und die Situation dieser Arbeiter wirkt wieder fördernd auf die Lage verwandter Schichten der proletarischen Klasse ein. Kurz, eine weitherzige Selbstverwaltungsgesetzgebung besitzt einen eminenten Werth für die ökonomischen und sozialen Bestrebungen der Arbeiterschaft.

Die politische Bethätigung der Arbeiterschaft steuert also im Wesentlichen, wie wir gesehen haben, auf folgende grosse Ziele zu: auf die Beschränkung der staatlich autoritären Herrschaftsmittel, auf die Befreiung der Individuen und der von ihnen gebildeten wirthschaftlichen Vereinigungen von staatlichen Fesseln und Hemmnissen, auf die Uebertragung staatlicher Funktionen auf Selbstverwaltungskörperschaften.

Die Kultivirung hochwertiger Gemeininteressen hängt ferner nicht allein vom Staate ab. Mann kann sich eine vorzügliche Pflege aller möglichen ökonomischen und moralischen Interessen vorstellen, ohne dass der Staat in alle diese Angelegenheiten grob hineinredet und hineinreglementirt. In der Geschichte haben früher wirthschaftliche Korporationen, wie Zünfte und Markgenossenschaften vortrefflich für das Gemeininteresse gesorgt, ohne auf Schritt und Tritt vom heiligen Staate berathen zu werden. Und in der Zukunft können grosse ökonomische Genossenschaften, umfassende Schulverbände, freie Universitäts- und Museumsgesellschaften, starke kommunale Selbstverwaltungskörperschaften den grössten Theil der heutigen Staatsthätigkeit absorbiren.

Die Sozialdemokratie in Ostpreussen.

Von

Otto Braun.

(Königsberg.)

Die Reichstagswahl am 16. Juni d. J. hat der Sozialdemokratie, wie zu erwarten war, wieder eine gewaltige Vermehrung ihrer Stimmen gebracht. Um ca. 19 % haben sich die sozialdemokratischen Stimmen im ganzen deutschen Reiche vermehrt. Einen geradezu riesigen Aufschwung hat die Sozialdemokratie in Ostpreussen, der entgegengsten Provinz Preussens, der bisher sichersten Domäne der Konservativen, genommen. Von 23 336 Stimmen im Jahre 1893 ist die Stimmzahl auf ca. 44 000 bei der letzten Wahl gewachsen, was eine Vermehrung um fast 90 % bedeutet. Was diese Vermehrung der Stimmen noch bedeutungsvoller erscheinen lässt, ist die Thatsache, dass sie zumeist auf dem flachen Lande abgegeben sind, d. h. in Gebieten, wo die Kanitze und Mirbache herrschen, und die bisher noch von den Konservativen als der Damm bezeichnet wurden, der dem Vordringen der Sozialdemokratie ein Halt gebieten sollte.

Wenn man aber die Bedeutung des sozialdemokratischen Wahlerfolges in Ostpreussen recht würdigen will, dann darf man vor Allem die Schwierigkeiten, die der Agitation und der Ausübung des Wahlrechts selbst gemacht werden, nicht ausser Acht lassen. Der § 43 der Gewerbeordnung war den behördlichen Organen meist ein Novum. Die Gendarmen, Amtsvorsteher, Bürgermeister in kleinen Städten und Alles, was sich zum Bütteln berufen fühlte, inhibirten die Vertheilung unserer Flugblätter, konfiszirten dieselben und steckten unsere Vertheiler oft noch in die Dorfklause. Auf Beschwerde beim Minister des Innern erfolgte vom Regierungspräsidenten am Tage nach der Wahl der prompte Bescheid, dass die Beamten mit den entsprechenden Weisungen versehen seien. Aber auch wenn die Vertheilung glücklich vor sich gegangen war, dann wusste man sie theilweise dadurch illusorisch zu machen, dass Gendarmen, Lehrer, Pfarrer, Ortsvorstand oder Gutsbesitzer von Haus zu Haus gingen und von den

Leuten Alles wieder abhollen. Erfolgte die Herausgabe nicht gutwillig, dann wurde sie auch mitunter durch Drohungen erzielt. So wurden z. B. im Wahlkreise Lyck-Johannisburg von Beamten systematisch die Stimmzettel aus allen Wohnungen herausgeholt. Wo die Leute nicht anwesend waren, liess man sich die Wohnungen durch die Kinder öffnen und stahl dann die sozialdemokratischen Zettel weg. Ein Lehrer in dem Kreise hat die Schamlosigkeit sogar soweit getrieben, dass er den Kindern anbefahl, ihren Eltern die sozialdemokratischen Stimmzettel zu entwenden und ihm abzuliefern. Diejenigen, die ihm keine Zettel brachten, misshandelte er in der rohesten Weise, so dass einzelne Kinder sogar einige Zeit bettlägerig krank lagen. Ein Gendarm stellte den Leuten $\frac{1}{2}$ Jahr Gefängniss in Aussicht, wenn sie sozialdemokratisch wählen würden.

Am wütesten wurde naturgemäss am Wahltage gewirthschaflet. Das Kaufen von Stimmen mit Schnaps ist ganz etwas Allgewöhnliches und fällt nicht weiter auf; ebenso das Versprechen und Drohen der Besitzer. Das Oeffnen der Stimmzettel nimmt ein grosser Theil der Wahlvorsteher als ein selbstverständliches Recht in Anspruch. Auch werden vielfach sozialdemokratische Zettel weggeworfen und durch konservative ersetzt.

Es ist zweifellos, würden die Wahlen regelrecht und dem Wahlgesetz entsprechend vor sich gehen, dann würde der Zuwachs der Stimmen in Ostpreussen bei der neunfichen Wahl fast noch doppelt so gross gewesen sein, und mindestens noch 2—4 Mandate wären gewonnen. Doch mit den Beeinflussungen und Mogeleien muss man hier auf dem Lande nun einmal rechnen und in Zukunft die Agitation danach einrichten.

Das Eine steht fest: die ostpreussische Bevölkerung hat am 16. Juni unverkennbar kund gethan, das sie nicht mehr willens ist, ruhig, ohne zu murren, den Konservativen Steigbügeldienste zu verrichten, sie hat die konservativen Hochburgen ins Wanken gebracht und den Junkern einen heillosen Schreck eingejagt. Für uns entsteht aus dem Ergebniss der Wahl aber die Pflicht, der Aufrüttelung am 16. Juni die Aufklärung folgen zu lassen, sonst dürften Rückschläge nicht ausbleiben.

Es ist eine ganz irrige Ansicht, wenn einzelne Genossen noch immer meinen, dass wir auf dem Lande ohne ein Extraprogramm, nach Schema Agrarprogramm seligen Angedenkens, in der Agitation nicht vorwärts kommen können. Ich habe bereits in Breslau seinerzeit auf dem Parteitag dieses Extraprogramm für überflüssig erklärt und empfohlen, Material über die Lage der ländlichen Bevölkerung zu sammeln und vor Allem recht tüchtig und planmässig mit dem Parteiprogramm auf dem Lande zu agitiren, dann werde der Erfolg nicht ausbleiben. Das Wahlergebniss in Ostpreussen hat mich nur in meiner Ueberzeugung bestärkt, dass für die Agitation auf dem Lande es viel mehr auf eine praktische, zähe, ununterbrochene Agitationsarbeit, als auf ein scharfsinnig ausgeklügeltes Landprogramm ankommt.

Wenn wir uns die wirthschaftliche Lage der ländlichen Bevölkerung des Ostens etwas näher betrachten, dann springt es ja in die Augen, dass diese Leute bei einigermaassen rühriger Agitation in Schaaren unserer Partei zugeführt werden können, und zwar ohne Agrarprogramm.

Vor Allem dominirt in Ostpreussen der Grossgrundbesitz. Weite Länderstrecken und ausgedehnte Waldungen befinden sich im Besitz einzelner Leute, die, auf ihren Besitz gestützt, einen fast unbeschränkten Einfluss ausüben. In

der lithauischen Gegend und in Masuren ist auch noch der Kleingrundbesitz nicht selten, doch leben diese Besitzer, von den wenigen Niederungsbauern abgesehen, unter ganz elenden Verhältnissen. Oft ernährt sie ihr Besitz nicht, und sie müssen noch als Freiarbeiter etwas verdienen gehen. Diese Leute sind oft schlechter gestellt als die Landarbeiter, insbesondere haben sie eine unsichere Existenz. Jede Missernte bedeutet für sie Noth und Entbehrung, und trifft das Unglück noch so, dass ihnen ein Stück Vieh, ein Paar Schweine oder gar das Pferd, wenn sie ein solches noch besitzen, eingeht, dann müssen sie wohl oder übel Geld aufnehmen auf ihren Besitz, vorausgesetzt, dass derselbe noch nicht zu stark belastet ist. Ist das Letztere der Fall, dann werden sie durch solch' unglückliche Zufälle oft an den Bettelstab gebracht.

Diese Bauern, die von früh bis spät auf das Angestregteste arbeiten müssen, um ihren Boden mit den unvollkommenen Geräthschaften, die ihnen nur zur Verfügung stehen, das zum Leben Nothwendige abzurufen, waren bisher die festeste Stütze der Konservativen. Doch das wird jetzt anders. Sie beginnen langsam zu merken, in wie unverschämter Weise sie von den Junkern wirtschaftlich übervorthelt und politisch genasführt werden, wie diese Herren zum grössten Theil die Kreis- und Schullasten von sich ab- und auf die Schultern der wirtschaftlich schwachen Bauern wälzen, denselben dafür aber keine entsprechenden Rechte im Kreistage einräumen. Die Freundschaft mit den Konservativen verwandelt sich zur Feindschaft und entwickelt sich bis zum bittersten Hass, wie es sich bereits in den Kreisen Memel-Heydekrug, Ragnit-Pillkallen und Labiau-Wehlau bei der letzten Wahl gezeigt hat. Nur mit grösster Mühe und zufolge der schamlosesten Wahlmache konnten die Konservativen die beiden letzteren Kreise gegen den Ansturm der Sozialdemokratie behaupten, Labiau-Wehlau sogar erst nach heissem Stichwahlkampf. In Memel-Heydekrug erlitten sie eine ganz empfindliche Niederlage; dort stimmten die Bauern zum Theil für den lithauischen Kandidaten oder für den Sozialdemokraten, dessen Stimmenzahl von 1800 auf über 3000 gestiegen ist. In Ragnit-Pillkallen, dem Wahlkreise des Grafen Kanitz, wo mindestens ca. 50% der Bevölkerung aus Kleinbauern besteht, stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen gar von 225 auf 3540, und das trotz einer geradezu beispiellosen Wahlbeeinflussung. Unsere Flugblätter wurden beschlagnahmt, unser Kandidat, der Gutsbesitzer im Kreise ist, wurde seines Amtes als Mitglied des Schulvorstandes für die auf seinem Gut befindliche Schule enthoben, und das betreffende Schriftstück der Regierung als Flugblatt gedruckt im Kreise verbreitet. Das Aergste wurde aber von einem Kreisdelegirten, dem Vertreter des Landraths, geleistet. Dieser Herr liess ein von ihm unterzeichnetes gegen uns gerichtetes Flugblatt verbreiten, in welchem es an einer Stelle mit Bezug auf unser Flugblatt heisst: „Wer es übernimmt, ein solches Flugblatt zu verbreiten, verdient die allgemeine Verachtung, ihm gegenüber ist der Dieb ein Ehrenmann.“ Und an einer anderen Stelle giebt er folgende Anweisung: „In jeder Gemeinde haben die einflussreichen Besitzer die Pflicht, alle Gemeindemitglieder zu bitten, sich zu einer Besprechung zu vereinigen. Es darf Niemand fortbleiben, und wer fortbleibt, giebt den Beweis, dass er schon von dem zersetzenden Gift ergriffen ist. Durch Handschlag müssen die Gemeindemitglieder sich verpflichten, am 16. Juni zur Wahl zu erscheinen, um für den Grafen Kanitz die Zettel abzugeben. Wer sein Wort nicht hält, der wird sein Ansehen in der Gemeinde verlieren.“

Und trotz alledem das riesige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Das beweist, dass unsere Ideen auch bei der kleinbäuerlichen Bevölkerung bereits Eingang gefunden haben; und das trotz des angeblich antikollektivistischen Bauernschädels.

Auch bei den Fischern, die in einzelnen Wahlkreisen einen nicht unbedeutenden Bestandtheil der Bevölkerung ausmachen, hat die Sozialdemokratie guten Boden gefunden. Diese Leute waren bis vor einigen Jahren politisch indifferent. Doch hat die Regierung durch Drangsalirungen bei Ausübung der Fischerei und andere Maassnahmen die Leute zum Nachdenken gebracht, und das Produkt dieses Nachdenkens ist, dass sie sich in grosser Zahl der Sozialdemokratie angeschlossen haben. Hauptsächlich werden die fischereiberechtigten Besitzer, deren Land am Haff liegt, durch die Ablösung der Fischereiberechtigung seitens der Regierung ins oppositionelle Lager getrieben.

Es ruht nämlich auf der Mehrzahl der am Haff gelegenen Besitzungen von altersher die Fischereiberechtigung, die vom jetzigen Besitzer ohne Weiteres ausgeübt oder verpachtet werden kann. Mit dem Tode des jetzigen Besitzers oder dem Verkauf des Grundstücks geht diese Berechtigung aber ohne Entschädigung an den Staat über, die erbberechtigten Nachkommen oder der neue Käufer haben nicht mehr die Berechtigung zum Fischen. Dadurch haben sich die sonderbarsten Verhältnisse herausgebildet. Das Rohr und das Schilf, welches am Strande wächst, gehört dem Besitzer, soweit sich seine Besitzung am Wasser erstreckt, das Wasser und die darin lebenden Fische aber sind fiskalisch. Da kommt es denn nun nicht selten vor, dass der Besitzer vom Fischmeister am Schneiden seines Rohres und Schilfes gehindert wird, damit die fiskalischen Fische nicht gestört werden. Dass derartige Zustände keine regierungsfreundliche Stimmung erzeugen, liegt auf der Hand. Während der Vater noch ohne Weiteres fischereiberechtigt war, muss der ihn beerbende Sohn, wenn das Besitzthum ihn durch die Landwirthschaft nicht ernährt, und er gezwungen ist, weiter Fischerei zu betreiben, sich von einem fischereiberechtigten Besitzer oder von der Regierung die Berechtigung pachten. Eine fiskalische Pacht zu erhalten ist nun aber nicht so leicht, denn die Regierung verpachtet nur an „würdige“, ihr genehme Leute die Berechtigung zum Fischen. Was das in Preussen heissen will, ist bekannt. Deshalb besteht auch der grösste Theil der Fischer aus Pächtern, die von Privatberechtigten die Fischerei gepachtet haben. Diese Leute haben bei der gefährvollen und anstrengenden Arbeit keinen zu hohen Verdienst, da die Pacht und Abgaben nicht zu niedrig bemessen sind. Ja, sie werden von vielen fischereiberechtigten Besitzern geradezu schamlos ausgebeutet. Sie verlangen deshalb, dass der Staat Jedem, der sich darum bewirbt, die Berechtigung zum Fischen ohne Weiteres verpachtet, damit sie von den berechtigten Besitzern, die selbst nicht fischen, sondern verpachten, nicht ausgebeutet werden.

Das Hauptkontingent zur ländlichen Bevölkerung in Ostpreussen und deshalb auch zur Zahl der Wähler stellen ja zweifellos die Landarbeiter. Sie haben auch den Hauptantheil an der Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen.

Der ostpreussische Landarbeiter lebt im Allgemeinen unter den elendesten Verhältnissen. Ob Knecht, Instmann oder Freiarbeiter, er ist wirthschaftlich im Durchschnitt nicht so gestellt, dass er vernunftgemäss als Mensch leben kann; dazu kommt noch, dass er rechtlich zum Staatsbürger zweiter Klasse degradir ist. Das Recht, was jedem anderen Arbeiter, wenigstens gesetzlich,

gewährleistet ist, seine Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen, d. h. jede günstige Konjunktur auszunützen, um eine Erhöhung des Lohnes zu erzielen, hat der Landarbeiter nicht. Verabredet er sich mit seinen Kollegen, um gemeinsam vom Arbeitgeber einen höhern Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, dann wird er bestraft. Bleibt er einen Tag von der Arbeit fort, dann wird er bestraft. Arbeitet er nicht so lange, wie der Herr es wünscht, dann wird er bestraft. Sind die Strafen nicht in Geld einzuziehen, was meist der Fall ist, dann muss er ins Gefängnis.

Der ostpreussische Landarbeiter erhält jährlich einen Lohn von ca. 250—300 Mk., wie die Landwirthschaftskammer für Ostpreussen festgestellt hat, und dieser wird zum grössten Theil in Naturalien gezahlt. Was dafür die Herren Agrarier verlangen, erhellt aus folgendem Kontrakt, der typisch für die Verhältnisse der Landarbeiter ist, da er in Ostpreussen mit mehr oder weniger zumeist ganz unwesentlichen Abänderungen überall besteht.

Kontrakt:

Zwischen dem Gutsbesitzer Herrn Lieutenant N. N. und dem Instmann P. P. wird folgender Kontrakt vereinbart:

1. P. P. zieht am 1. Oktober 1897 als Instmann in Z. an und hat drei gesunde Arbeiter über 16 Jahre zu stellen und zwar: der Mann und zwei kräftige Scharwerker nicht unter 16 Jahren. Alle Arbeiter haben zu jeder Arbeit, zu der sie vom Gutsherrn oder dessen Stellvertreter bestellt werden, pünktlich und mit eigenem Handwerkszeug, das stets in guter Beschaffenheit sein muss (nach Ermessen und Bestimmung des Gutsherrn), zu erscheinen und stets pünktlichen Gehorsam zu leisten.

2. Für diese Leistungen erhält der Mann pro Tag 30 Pfg., der erste Scharwerker 20 Pfg., der zweite 25 Pfg., und alle Drei für jeden Tagelohnstag $\frac{1}{4}$ Liter Brodgetreide. Beim Dreschen erhalten die etatsmässigen vier Instleute folgenden Verdienst: Von der Maschine den 13. und beim Flegeldrusch den 10. Scheffel resp. Zentner. In diesen Akkord ist einbegriffen: das Aufmessen des Getreides und Reinmachen desselben, das Auf- und Umsetzen der Maschine, die ausreichende Besetzung der Maschine, das Wegschaffen des Strohes und der Spreu und Reinigen der Tenne.

3. Sonstige Akkordarbeiten werden nach Bestimmung des Gutsherrn bezahlt.

4. An Hausthieren kann er sich halten: 1 Kuh, 3 Schweine und 10 Hühner und erhält zur Fütterung im Winter 1 vierspänniges Fuder Heu oder Grummet, Stroh und Spreu nach Bedarf und Vorrath nach Bestimmung des Gutsherrn. Im Sommer freie Weide für 1 Kuh oder bei nicht Kuhhaltung im Winterhalbjahr 2 und im Sommerhalbjahr 3 Liter frische Milch.

5. An Brennmaterial 3000 Press- oder 4000 Streichtorf, den er sich selbst trocken machen muss, 3 Stoss Stubben, 3 Stoss Strauch oder den Geldwerth in anderer Holzart. Bei Mehrbedarf werden ihm Stubben zum Selbstroden angewiesen. Er darf jedoch weder Futter, noch Stroh, noch Brennmaterial aus dem Gute bringen resp. verkaufen.

6. Der Instmann bezahlt die auf ihn und seinen Scharwerker fallenden Beiträge zur Alters- und Invaliden-Versicherung selbst, welche ihm bei der monatlichen Löhnung, die bis zum 15. jeden Monats erfolgt, abgezogen wird. Bleibt er länger als ein Jahr, so wird ihm der auf seine Person fallende Beitrag bei Kredit-Kasse N. N. auf Sparkassenbuch angelegt.

7. Die Kündigung hat am 1. April zu erfolgen, wird dieser Termin mit Stillschweigen übergangen, so gilt der Vertrag für das nächste Jahr verlängert.

8. Für geleistete Fuhrwerke zum Anzuge ist nach 1 Jahr 5 Mk., nach 2 Jahren 2,50 Mk. pro Gespann zu bezahlen.

9. Er erhält unentgeltliche ärztliche Behandlung, doch muss er Medikamente bezahlen.

10. Kartoffelacker erhält er 50 Ruthen am Hause, 130 Ruthen im Felde.

11. Die Frau muss in dringender Zeit zur Rübenpflanzen-Ernte und im Winter zu häuslichen Arbeiten auf Bestimmung kommen und erhält 50 Pfg. Tagelohn.

12. Ist P. P. säumig in Erfüllung seiner Pflichten, oder lässt er sich Grobheiten und Widersetzlichkeiten gegen seine Vorgesetzten zu Schulden kommen, so steht es dem Dienstherrn frei, entweder für jeden einzelnen Fall eine Strafe bis 3 Mk., welche bei der

nächsten Lohnzahlung berichtet wird, festzusetzen, oder den Vertrag aufzuheben und sofort des Dienstes zu entlassen. Tritt Dienstentlassung ein, oder verlässt er den Dienst innerhalb des Dienstjahres, so hat er nur den bis zum Tage des Austrittes fälligen baaren Lohn zu fordern, und alle andern Emolumente fallen fort. Insbesondere hat er keinen Anspruch auf Kartoffelacker und Saaten-Entschädigung. Es bleibt die Kartoffelernte bis zum Ausgraben Eigenthum des Herrn.

13. Stellt P. P. weniger als 3 Arbeiter, so wird der Verdienst an Getreide für jeden fehlenden Arbeiter mit einem Drittel gekürzt.

14. Die fälligen Steuern und Abgaben hat P. P. zu bezahlen.

15. P. P. stellt einen Melker, der monatlich abgewechselt wird, und erhält dafür 6 Mk pro Monat und 3 Pfg. pro 100 Liter Milchantiemen.

16. Der Gutsherr ist berechtigt, mangelhaftes Handwerkszeug zurückzuweisen und auf Kosten des Instmannes anzuschaffen.

17. Im Winter hat die Frau Gespinst abzuliefern oder im Frühjahr 6 schlachtbare Keichel nach Bestimmung.

Ist aus dem streng militärischen Stil des obigen Kontrakts schon ersichtlich, wie mit den Leuten umgegangen wird, so zeigen es einzelne Bestimmungen der Verhaltensvorschriften, die ich hier auszugsweise wiedergeben will, ganz deutlich. Es heisst dort in den besonders interessanten Paragraphen:

2. Die Arbeitszeit im Sommer ist von fünf Uhr früh bis Sonnenuntergang. Im Winter von Hellwerden bis Abends, so lange draussen zu sehen ist.

3. Am Sonntag wird nur in dringenden Fällen in der Ernte gearbeitet. Dann ist aber Jeder verpflichtet zu erscheinen.

4. Das Arbeiten am Sonntag bei den Bauern in der Nachbarschaft ist bei Strafe von 15 Mk. verboten.

7. Die Leute haben ein durchaus ruhiges, anständiges Wesen zur Schau zu tragen und stets den Bestimmungen des Herrn und der Wirthschaftsbeamten nachzukommen. Zuwiderhandlungen werden durch Geldstrafen geahndet.

12. Wer bestraft ist oder wegen eines Vergehens in Untersuchung ist, hat dieses beim Engagement zu sagen.

13. Der Besuch der Schnaps-Budiken in dem benachbarten Dorf ist verboten. Wen ich öfters in den Budiken sehe oder angetrunken betreffe, wird mit Geldstrafe belegt oder sofort entlassen.

14. Es wird verlangt, dass die Familienmitglieder öfters zur Kirche gehen. Wenigstens einmal im Jahr zur Beichte.

Dieser Kontrakt mit seinen Verhaltensvorschriften wirft ein helles Licht auf die Verhältnisse und lässt Jeden erkennen, wie der ostpreussische Landarbeiter lebt. Noch deutlicher wird aber das Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Naturalien, wie Weide und Acker, meist nicht von der besten Qualität sind. Die Wohnhäuser der Arbeiter machen schon von draussen besehen einen traurigen Eindruck. Der wahre Jammer enthüllt sich aber dem Auge erst, wenn man in die Höhlen eindringt. Ein pestilenzialischer Gestank schlägt dem Eintretenden entgegen, wenn er den einzigen Raum, der Küche, Schlaf- und Wohnraum vorstellt, betritt. Auf löcherigem Lehm Boden liegt Alles umher, Gebrauchsgegenstände, Kinder, und im Winter gar oft auch ein Schweinchen, wenn die Leute ein solches besitzen. In offenem Kamin wird gekocht, wobei der Raum oft in Rauch gefüllt wird, der durch das Fenster nicht einmal abziehen kann, da dieselben meist verstopft und vernagelt sind. Wie derartige Wohnräume in gesundheitlicher, wie sittlicher Beziehung auf Diejenigen, die hier ihr Leben verbringen müssen, einwirken, ist klar. Geistig, wie körperlich ist das Landproletariat herabgedrückt und würde vollends vernichtet werden, wenn nicht der Sozialismus dort bereits sein Werk begonnen hätte.

Und der Boden ist hier so ausserordentlich günstig für die sozialdemokratische Propaganda. Viel Unterlassungssünden sind hier gut zu machen.

Die ostpreussischen Landarbeiter bilden durch die Gleichartigkeit der wirthschaftlichen Verhältnisse, unter denen sie leben, eine feste kompakte Masse, die sich bei zweckmässiger, rühriger Agitation für die Partei gewinnen lassen. Sind sie einmal gewonnen, dann kann man sich auf sie verlassen. Jetzt lassen sie sich durch Verdummung und Gewalt in einzelnen entlegenen Kreisen noch als Schutzwall für die Hochburgen der Konservativen missbrauchen; aufgeklärt, unter dem Banner der Sozialdemokratie werden sie diesen Hochburgen die gefährlichsten sozialdemokratischen Sturmkolonnen werden.

Der Ausfall der letzten Wahl hat gezeigt, was Ostpreussen für die Sozialdemokratie zu leisten vermag, er hat aber auch gezeigt, was hier noch zu thun ist. In allen Kreisen, in denen wir feste Anhänger hatten, die sich, wenn auch nur in beschränktem Maasse, der Agitation widmen konnten, haben wir Riesenerfolge erzielt, wo das nicht der Fall war, waren unsere Erfolge geringer, wie z. B. in den entlegenen polnischen und ultramontanen Kreisen. Dort gilt es, Anhaltspunkte zu suchen, und zwar durch ein Wochen- oder Monatsblatt, welches, speziell für die Landarbeiter geschrieben, entweder sehr billig oder gar gratis sein muss, die Leute über die politischen Vorgänge auf dem Laufenden erhalten und über unsere Bestrebungen aufklären.

Geschieht das, widmet die Partei Ostpreussen mehr Aufmerksamkeit als bisher, dann kann sich diese Domäne der Konservativen bald in eine Hochburg der Sozialdemokratie verwandeln.

Die Sozialdemokratie in Oberschlesien.

Von
August Winter.
(Beuthen.)

In Bezug auf Oberschlesien und seine Fähigkeit zur Aufnahme und Fortentwicklung der sozialistischen Saat herrschten bis in das vergangene Jahr hinein unter allen Parteigenossen Deutschlands eigenartige falsche Vorstellungen. Selbst über den oberschlesischen Industriebezirk, der doch manchem urtheilsfähigen Parteigenossen bekannt war, wenigstens bekannter als das übrige agrarische Oberschlesien, urtheilte man ausnahmslos falsch. Trotz aller Statistik galt es für ausgemacht, Oberschlesien sei bis auf wenige an der österreichischen Grenze liegende Kreise — oft wurde auch diese Ausnahme nicht gemacht — ein durch und durch polnisches Gebiet; die Intelligenz seiner Bewohner sei die denkbar geringste, und für die sozialdemokratische Partei Deutschlands sei dort bis auf lange hinaus nichts zu holen. Diese Partei liess deshalb Oberschlesien sammt seinem Industriebezirk links liegen; sie fürchtete, den für die Agitation unter den polnischen Oberschlesiern aufzuwendenden Mitteln würden die Erfolge nicht entsprechen; auch fehlte es ihr anscheinend an den zur Agitation in Oberschlesien geeigneten Kräften.

Die Leistungen der polnischen sozialistischen Partei Deutschlands, der im Grossen und Ganzen Oberschlesien zur Bearbeitung überlassen wurde, schienen die allgemeine Meinung über Oberschlesien zu bestätigen; dasselbe thaten die Resultate der Reichstagswahlen, nach denen in einigen fast rein ländlichen, aber deutschen Kreisen unsere Partei bedeutend bessere Aussichten auf Erfolge zu haben schien, als in fast rein industriellen, aber polnischen Wahlkreisen.

Die polnische sozialistische Partei betonte bis zuletzt (noch auf dem Hamburger Parteitag, cfr. Antrag Berfus), dass Oberschlesien anders zu behandeln sei, als andere Gegenden. Nur polnische Agitatoren und Reichstagskandidaten könnten dort etwas ausrichten; auch sei es nöthig, der sozialdemokratischen Agitation einige national-polnische Reizmittel beizumischen, da sonst die Erfolge noch geringfügiger als bisher ausfallen dürften. Bekanntlich war Liebknecht einer der eifrigsten Fürsprecher für den Antrag Berfus und das, was hinter ihm steckte. Aber schon in Hamburg wurde bekanntlich auch die Ansicht vertreten, dass die Meinung der polnischen sozialistischen Partei über Oberschlesien nicht richtig sei; ja diese Ansicht siegte: der Antrag Berfus wurde zurückgezogen, zum Theil aus dem Grunde, weil er sonst abgelehnt worden wäre, im Uebrigen, weil Niemand auf eine Diskussion der polnischen Frage vorbereitet war, die aus dem Antrage Berfus herauswuchs.

Nur die Thatsache, dass sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands so wenig um Oberschlesien kümmerte, erklärt es, dass jene Meinung so lange bestehen konnte. An sich war sie von vornherein verdächtig, und als sie im vorigen Jahre etwas näher geprüft wurde, ergab sich denn auch sofort ihre Haltlosigkeit. Die diesjährigen Reichstagswahlen — von einer eingehenden Begründung dieser Haltlosigkeit dürfen wir hier absehen — werden wohl auch den hartnäckigsten Verfechter der „polnischen“ Ansicht über Oberschlesien bekehrt haben. Schnell und gründlich haben sie mit einem alten schädlichen Irrthum aufgeräumt und bewiesen, dass Oberschlesien genau so zu behandeln ist, wie jede andere deutsche Gegend, dass deutsche Agitatoren und Kandidaten soviel und mehr ausrichten als polnische, und dass es vor Allem durchaus unnöthig, ja einfach falsch und schädlich ist, mehr national-polnisch als sozialdemokratisch aufzutreten.

Die 1898er Wahlergebnisse, verglichen mit denen von 1893, ergeben sich aus der untenstehenden Tabelle.*)

Unsere Kandidaten erhielten Stimmen:

| im Wahlkreise | | 1893: | 1898: |
|---------------|-----------------------------|---------|-------------|
| | Kreuzburg-Rosenberg (p) | 223 | 131 (p) |
| " | Oppeln (p) | 471 | 519 (d) |
| " | Gr. Strehlitz-Kosel (p) | — | 81 (p) |
| " | Lublinitz-Tost-Gleiwitz (p) | 149 | 2 366 (d) |
| " | Beuthen-Tarnowitz (p) | 258 | 7 955 (d) |
| " | Kattowitz-Zabrze (p) | 646 | 9 829 (p) |
| " | Pless-Rybnik (p) | 66 | 627 (p) |
| " | Ratibor (p) | ca. 600 | 1 743 (d) |
| " | Leobschütz (d) | 466 | 293 (d) |
| " | Neustadt (d) | 893 | 1 147 (d) |
| " | Falkenberg-Grottkau (d) | 387 | ca. 300 (d) |
| " | Neisse (d) | 810 | 794 (d) |

Zusammen 4 969 25 785

Zunahme insgesamt 419 % (von 1890 bis 1893 nur 27 %).

Zahlen beweisen! Angesichts dieser Zahlen dürfen wir diesen so oft missbrauchten Satz ruhig aussprechen. Freilich war die veränderte Agitations-

*) p resp. d hinter den Wahlkreisbezeichnungen und den 1898er Stimmenzahlen weisen auf die polnische oder deutsche Nationalität der Bewohner der Wahlkreise und auf die Nationalität der Kandidaten hin. Selbstverständlich handelt es sich immer nur um polnische Mehrheiten in der Bevölkerung der Wahlkreise. Rein polnische Kreise giebt es in Oberschlesien nicht.

methode nicht etwa die Hauptgrundlage für die Erreichung so überraschender Stimmenzahlen, wohl aber war sie das hauptsächlichste Hilfsmittel, ohne das wir zwar auch einen Stimmenzuwachs, aber nimmermehr einen so grossartigen erreicht hätten, wie er vorliegt.

Die 1898er Wahl war für Oberschlesien die erste, die, soweit es hier möglich war, in organisirter Weise vorbereitet wurde. Die Organisation der oberschlesischen Partei war auf Veranlassung der Anhänger einer neuen, d. h. der in anderen Gegenden Deutschlands üblichen Agitationsweise von der Parteikonferenz in Neustadt erst am vorigen Neujahr geschaffen worden, wobei es nicht ohne scharfen Widerspruch der dort anwesenden Mitglieder der polnischen sozialistischen Partei gegen die zu fassenden Beschlüsse abgegangen war. Noch vor Ostern wünschten einige polnische Genossen, dass ein polnisch-sozialistischer Parteitag „andere Beschlüsse“ fassen sollte, als sie in Neustadt angenommen worden waren. Ganz abgesehen von der Frage, ob ein polnisch-sozialistischer Parteitag berechtigt wäre, in die häuslichen Angelegenheiten der oberschlesischen Genossen hineinzureden — wir verneinen diese Frage — wären andere Beschlüsse zweifellos ein grober Fehler gewesen. Nach kaum einem halben Jahre hat sich in Oberschlesien gezeigt, was eine organisirte Wahlagitation zu leisten im Stande ist gegenüber einer unorganisirten, wilden. Ganz etwas Aehnliches wie in Oberschlesien hat sich in Ostpreussen gezeigt, und es beruhen auch dort die grossartigen Erfolge unserer Partei zum Theil auf deren straffer Organisation. Die Erfolge unserer Partei in der Provinz Posen andererseits sind wahrscheinlich deshalb so gering, weil es dort noch an dem für eine geordnete Agitation nöthigen Organisationsgeväst fehlt, und die Agitation unter dem Einfluss der polnischen sozialistischen Partei noch so betrieben wird, wie früher in Oberschlesien. Hoffentlich ermuntern die Beispiele von Ostpreussen und Oberschlesien die Posener Genossen, auch in ihrer Heimath für die bessere Ausbildung der Parteiorganisation möglichst schnell Sorge zu tragen.

Andere für die oberschlesischen Reichstagswahlen in Betracht kommende Gesichtspunkte haben bereits in der Tagespresse hinreichende Berücksichtigung gefunden. Erfahrungen auf dem Gebiete der Agitation stellen wir gelegentlich einmal in einem besonderen Aufsätze zusammen.

Nur eins muss noch betont werden, was besonders in Oberschlesien hervortrat: die vollständige Nutzlosigkeit der behördlichen Maassregeln und Chikanen gegen uns im Allgemeinen, insbesondere die Nutzlosigkeit der behördlichen Saalabtreibungen. Unser ganzer Erfolg in Oberschlesien beruht auf der Verbreitung zweier Flugblätter, die in einer Gesamtauflage von je 120 000 Exemplaren — davon je die Hälfte im Industriebezirk — vertheilt wurden. Abgesehen von Neustadt haben wir nirgends eine Versammlung selbst abgehalten, nirgends in einer von einer anderen Partei veranstalteten Versammlung zu Worte kommen und uns gegen die maasslosen Verleumdungen durch die Centrumsmänner, die Geistlichen insbesondere, vertheidigen können. Unser Erfolg ist deshalb um so höher anzuschlagen.

Ueberraschend war ferner — um am Schlusse auch das noch anzuführen —, dass die Bevölkerung Oberschlesiens so rasch und vielfach ganz von selbst zum rechten Verständniss unseres Programmsatzes „Religion ist Privatsache“ gelangte. Gerade der Klerus, der die Religion zu einer öffentlichen politischen Sache stempelte und uns als die schlimmsten Religionsfeinde, Kirchenschänder etc.

hinstellte, hat sich dadurch sein Konzept selbst verdorben. Das im Grunde immer misstrauische Volk ist jetzt in Oberschlesien auch gegen den Klerus misstrauisch geworden, es kam deshalb sehr schnell zur Erkenntniß, dass wir uns nur um weltliche, nicht aber um himmlische Dinge bekümmern.

Wir haben am 16. Juni 1898 dem ober-schlesischen Zentrumsturm einen schweren Schaden zugefügt. Das Zentrum ist unfähig dazu, ihn bis zur nächsten Wahl zu repariren. Schon jetzt jammert es selbst: das nächste Mal geht der Industriebezirk an die Sozialdemokraten verloren. Was es fürchtet, hoffen wir.

Die Sozialdemokratie in Sachsen.

Von
Emil Eichhorn.
(Dresden.)

Die Wahlschlacht ist geschlagen! Zwei Monate tobte der Kampf, in dem es keinen Augenblick der Ruhe, keine Pause zum Sammeln der Kräfte gab — aber das Resultat ist auch der Mühen werth! Die Sozialdemokratie ist in Sachsen in ihrem Vormarsch um ein beträchtliches Stück weiter gekommen. Dass hier und da das Resultat noch besser sein konnte — wer wollte es leugnen? Es bleibt für unsere Partei, die die Zukunft zu gewinnen hat, eben immer zu bessern und auszubauen. Und diesem Zweck soll auch der Ueberblick über unsere Positionen, über den Stand unserer Bewegung dienen.

Die sozialdemokratische Bewegung in Sachsen ist so alt, als die Parteibewegung in Deutschland überhaupt; von hier aus nahm die junge Bewegung ihren Ausgang, und hier sass in den Jugendjahren der Partei die geistige Leitung. Dies Moment ist für die Entwicklung der Partei in Sachsen sicher nicht ohne wesentlichen Einfluss geblieben. Andererseits aber war — was die nothwendige Voraussetzung für die Gewinnung einer grossen und sicheren Anhängerschaft ist — eine starke und stetig anwachsende Industriebevölkerung vorhanden. Der erste Sozialdemokrat, den Sachsen in den deutschen Reichstag schickte, wurde in Glauchau-Meerane gewählt, einem Wahlkreis, in dem heute einer Industriebevölkerung von 80 $\frac{0}{0}$ nur 10 $\frac{0}{0}$ bäuerliche Elemente gegenüberstehen.

Sachsen ist ein Industriestaat und wird es in immer höherem Maasse. Nach der Berufszählung umfassten die Erwerbsthätigen

| | Landwirthschaft | Industrie | Handel und Verkehr | Beamte, Militär, Berufslose etc. |
|------|--------------------|--------------------|--------------------|-------------------------------------|
| 1882 | 20 $\frac{0}{0}$ | 56,2 $\frac{0}{0}$ | 12 $\frac{0}{0}$ | 11,8 $\frac{0}{0}$ |
| 1895 | 15,1 $\frac{0}{0}$ | 58 $\frac{0}{0}$ | 14 $\frac{0}{0}$ | 12,9 $\frac{0}{0}$ |

Von den 23 sächsischen Wahlkreisen haben eigentlich nur der 3. Kreis (Bautzen-Kamenz), der 6. Kreis (Dresden-Land), der 7. Kreis (Meissen-Grossenhain), der 11. Kreis (Oschatz-Grimma) und der 14. Kreis (Borna-Pegau) stärkere ländliche Bevölkerung; im 6. Kreise wird die nur in einem Strich (Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde) vorherrschende bäuerliche Bevölkerung vollständig erdrückt durch den sogenannten Plauenschen Grund und die Dresdener Vororte (Amtshauptmannschaft Dresden-A.), in denen die Erwerbsthätigen in Industrie, Handel und Verkehr über 80 $\frac{0}{0}$ ausmachen. Und im 7. Kreise halten die Städte Meissen, Grossenhain und Riesa mit ihren nächsten Umgebungen dem weiteren flachen Land Balance.

Auf solchem Boden muss die Agitation gute Früchte tragen. Es gilt dann nur das Gewonnene festzuhalten durch eine gut ausgebaute Organisation. Im grossen Ganzen ist die Parteiorganisation in Sachsen gut; die Gesamtpartei stand allen Ereignissen, sie mochten noch so unerwartet kommen, fertig gegenüber. Das zeigte sich in den letzten Jahren besonders bei der Bewegung gegen die reaktionären Attentate auf das Landtagswahlrecht und auf das Vereinsrecht. Schon lange stand auch die Partei fertig, Gewehr bei Fuss, der Reichstagswahlen harrend. Sie bot ein schönes Bild der vollkommensten Schlagfertigkeit.

Nicht so tadellos war die Organisation und die Schlagfertigkeit in einzelnen Kreisen, wie wir später sehen werden.

Zunächst war davon allerdings nichts zu spüren. Mit der Verkündung des Wahltermins setzte die Agitation ein, so munter und so lebhaft, dass die Pessimisten, die von der 5jährigen Pause schlimme Wirkung für das Wahlinteresse und den Wahleifer erwartet hatten, mit einem Male bekehrt waren. Zahllose Versammlungen wurden abgehalten — in manchen Kreisen bis zu 30 —, und wo es an Lokalen fehlte, wurden die Gegner in ihren Versammlungen aufgesucht. Die eigenen Versammlungen waren überfüllt. Unsere Flugblätter wurden durchgängig gut aufgenommen; auch auf dem Lande viel besser, als vielfach früher. Im Osten Sachsens brachte man die alte Wahrheit wieder zu Ehren, dass alle Agitation, wenn sie auf die breite Masse wirken soll, beim Nächstliegenden anzuknüpfen hat. Man gab in zwangloser Folge erscheinende Wahlzeitungen heraus, die auf alle lokalen Einzelheiten eingehen konnten, und die bei ihrer vortrefflichen Bearbeitung grossen Anklang fanden. Das Beispiel wurde meist mit gutem Erfolg von einer Reihe von Kreisen nachgeahmt.

In dem Maasse, wie die sozialdemokratische Agitation fortschritt, kam nun allerdings auch der bekannte sächsische Polizei-Apparat in Bewegung. Versammlungsverbote, Auflösungen, Wortentziehungen, Flugblattkonfiskationen, Bestrafung der Flugblattausträger, Saalabtreiberei — kurz, das ganze Arsenal der Polizeidiktatur fand Anwendung. In Sachsen mehr als anderswo ist die Regierung so liebenswürdig, den bürgerlichen Parteien ein gut Theil Wahlarbeit abzunehmen.

Diese Maassregeln haben uns vielleicht hier und da geschadet; dort, wo die Organisation lückenlos war, verfehlten sie indess vollständig ihren Zweck. Die Selbständigkeit der Wahlkreisorganisation, die Selbständigkeit der einzelnen Genossen zeigte in solchen Fällen erst ihren hohen Werth. Statt zu hemmen, trieben solche Schwierigkeiten vorwärts. Jeder Schlag ward parirt. Flugblätter, kleine und grosse, Aufrufe, Plakate, mündliche Agitation in Versammlungen und in jeder sonst angängigen Weise rissen nicht mehr ab. Die Intensität der Agitation in den letzten Tagen war einfach bewundernswerth.

Und das Resultat? Sieben Mandate und neun Stichwahlen. Dabei eine Stimmenzunahme von rund 29 000!

Natürlich ist es nicht die absolute Zunahme, die einen Maassstab für die Ausdehnung unserer Partei abgiebt; diese hängt zu sehr mit der Bewegung in der Bevölkerung überhaupt und vornehmlich in denjenigen Schichten, die ihrer ökonomischen Lage nach für uns vorwiegend in Betracht kommen, zusammen. Es handelt sich vielmehr um das Verhältniss der Zunahme unserer Stimmen zu der Zu- bzw. Abnahme der Stimmen der bürgerlichen Parteien; dieses zeigt sowohl unser Wachstum überhaupt, wie auch, in welchem Maasse wir aus dem feindlichen Lager selbst Anhänger zu uns hinüberziehen.

Das Stimmenverhältniss bei der Hauptwahl stellt sich nach der soeben erschienenen amtlichen Statistik wie folgt:

| Wahljahr | Abgegebene Stimmen in Proz. | Davon entfallen auf Kandidaten der | | | | | | | | | |
|----------|-----------------------------|------------------------------------|-------|---------------------------|-------|----------------------------|-------|--------------------------|-------|------------------------------|-------|
| | | Konservativen Partei | | National-liberalen Partei | | Reform-(antisemit.) Partei | | Freisinnigen Volkspartei | | Sozial-demokratischen Partei | |
| | | absolut | proz. | absolut | proz. | absolut | proz. | absolut | proz. | absolut | proz. |
| 1890 | 82,0 | 160 401 | 28,0 | 112 514 | 19,7 | 4 788 | 0,9 | 52 776 | 9,2 | 241 187 | 42,1 |
| 1893 | 79,6 | 147 772 | 24,9 | 44 633 | 7,5 | 98 285 | 16,5 | 30 203 | 5,1 | 270 654 | 45,7 |
| 1898 | 73,5 | 109 417 | 18,1 | 89 060 | 14,7 | 73 427 | 12,1 | 15 379 | 2,5 | 299 190 | 49,4 |

Hierüber sind abgegeben für das Zentrum 1903, für die Nationalsozialen 2859, für die Impfgegner 138 und für einen gemässigt liberalen Wilden (im 15. Kreis) 12 888 Stimmen.

Es haben also sämtliche bürgerliche Parteien bis auf die Nationalliberalen an Stimmen verloren. Der Zuwachs der Nationalliberalen ist auch nur ein scheinbarer, denn früher gingen dieselben voll im Kartell auf, während sie sich diesmal aus persönlichen kleinen Zänkereien in 2 Kreisen separirt haben. Auch der Reifall der Antisemiten ist viel grösser, 3 ihrer Kandidaten waren Kartellkandidaten, auf die sich Stimmen aller bürgerlichen Parteien vereinigten, während sie in der Statistik für die Antisemiten gezählt wurden.

Um ein klares Bild von dem Verhältniss der Sozialdemokratie zu den Parteien in Sachsen zu haben, muss man die Gesamtzahl aller bürgerlichen Stimmen nehmen, und da ergibt sich Folgendes:

| | Bürgerliche Parteien | | Sozialdemokratie | |
|------|----------------------|------------|------------------|------------|
| | absolut | prozentual | absolut | prozentual |
| 1890 | 330 479 | 57,9 | 241 187 | 42,1 |
| 1893 | 320 923 | 54,3 | 270 654 | 45,7 |
| 1898 | 305 671 | 50,6 | 299 190 | 49,4 |

Bei der nächsten Wahl erlangen wir in Sachsen die absolute Majorität!

Die Stichwahl brachte uns in den 9 Kreisen bei einer Stimmenzunahme von 23 692 noch 4 Mandate, so dass auch unser Mandatbesitz annähernd unserer Stimmenzahl entsprach — von 23 Kreisen sind 11 im sozialdemokratischen Besitz!

Das ist gewiss ein stolzes Resultat — und doch könnte es noch besser sein. Wir haben den 15. und den 23. Kreis verloren, und in 5 weiteren Kreisen sind unsere Stimmen zum Theil recht bedeutend zurückgegangen.

Wie erklärt sich in Sachsen ein solcher Stimmenrückgang, der sogar zum Verlust von Mandaten führt? Zunächst sei konstatiert, dass der Rückgang sich nur auf West- und Mittelsachsen und fast durchgängig auf solche Kreise er-

streckt, in denen die Sozialdemokratie lange und stark vertreten ist, die zum Theil schon in unserem Besitz waren oder gegenwärtig noch sind. So haben wir in dem seit Langem sozialdemokratisch vertretenen 17. und 19. Kreis einen nicht unbedeutenden, und auch im 1893 eroberten und jetzt wieder sozialdemokratisch vertretenen 22. Kreis einen kleinen Rückgang der Stimmen gehabt. In diesen Kreisen ist derselbe vielleicht allzu grosser Siegeszuversicht zuzuschreiben. „Der geht nicht verloren und kann nicht verloren gehen“, das ist die ständige Redensart, die nur richtig ist, wenn der Eifer nicht nachlässt. Einige Wahlen, solche Stimmenverluste, und der Kreis ist wieder verloren.

Ein anderer viel wesentlicherer Grund, der in jenen Kreisen vielleicht auch mitspricht, der aber wesentlich die Schuld an dem Rückgang unserer Stimmen in den anderen Kreisen tragen dürfte, ist die mangelhafte Organisation. Die im Feuer der Bewegung, in der Agitation uns zugeflogenen Anhänger müssen gehalten werden. Das erfordert aber mühsame und zähe Organisationsarbeit — und hier wird viel gesündigt.

Man verlässt sich zu sehr auf die Agitation; die angestrengteste Agitation soll im letzten Augenblick das etwa Verlorene wieder einbringen. Das ist ein verhängnissvoller Fehler. Wir sind in Sachsen über die Zeiten hinweg, wo Ueberrumpelungen möglich waren. Schritt haltend mit dem Vorwärtsdringen der Sozialdemokratie haben die bürgerlichen Parteien sich zusammengeschlossen, erst schüchtern, dann offener und enger. Konservativ und Nationalliberal ist eins, ist dieselbe Masse, die sich nur hier so, dort anders nennt. Der Antisemitismus, der 1893 einen so verblüffenden Aufschwung nahm, ist wieder zusammengebrochen, aber die antisemitischen Wähler sind nicht etwa der Sozialdemokratie zugeflogen. Dieser oft von der konservativen und nun von der antisemitischen Partei genarrte Mittelstand, der zahlenmässig garnicht so unbedeutend ist, hat sich wieder den alten Reaktionsparteien zugewandt, oder er verharrt in stupider Unthätigkeit. Gelingt der Reaktion wieder einmal ein Scheinestrich, so setzen sich die Massen, die von uns ebensowenig gewonnen werden können, wie der Bauernstand, wieder gegen uns in Bewegung.

Der Freisinn ist nahezu von rechts und links aufgesogen — mehr allerdings von rechts. Charakteristisch ist für diesen Prozess der 8. Kreis (Pirna). Dieser Kreis war von 1871 bis 1884 fortschrittlich bezw. deutschfreisinnig vertreten. Ihren Höhepunkt erreichten die Freisinnigen 1890 mit 7169 Stimmen. 1893 gingen sie auf 3939 zurück, und 1898 hatten sie sich vollständig, bis auf ca. 600 Anstandsfreisinnige, den Antisemiten angegliedert. Bei der Stichwahl 1893 hatten sie schon für den Antisemiten gestimmt. In den beiden ersten Kreisen (Lausitz) geht der Zug des Freisinns mehr nach links — dort rekrutirt sich seine Gefolgschaft zum guten Theil aus Arbeitern.

So haben sich faktisch die bürgerlichen Parteien schon zu einer kompakten Masse zusammengeschlossen, nur die verschiedenen Namen behält man der Tradition zu Liebe bei. Ein solcher Zusammenschluss war in Sachsen leichter möglich und kann auch eher Bestand haben, hier stehen sich die Interessen des verschiedenen Besitzes nicht so schroff gegenüber.

Die Sozialdemokratie aber hat bei diesem Stand ihrer Gegner doppelt fleissig zu sein. Was sie auch erringen will, es muss aus eigener Kraft geschehen! Die Grundlage aller Kraftentfaltung ist die Organisation; sie auszubauen und zu halten ist gewiss nicht leicht, es gehören dazu tüchtige Kräfte.

Und die haben wir nicht im Ueberfluss. Je mehr Einfluss unsere Partei im öffentlichen Leben gewinnt, desto mehr werden die Kräfte zersplittert; in den Krankenkassen, in den Gemeinderäthen, in den Gewerbeberichten sitzen unsere Genossen. So nothwendig sie da sind, fehlen sie uns doch in der Organisation.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass in einigen Kreisen Sachsens das planmässige Organisiren wegen der traurigen wirthschaftlichen Lage der Arbeiter auf grosse Schwierigkeiten stösst. Nur mit grossen materiellen Opfern ist hier etwas zu erreichen. Wenn indess die Gesamtorganisation gut ist, lässt sich die Last solcher Kreise mit Leichtigkeit tragen.

Resumiren wir: der gegenwärtige Stand der Bewegung zeigt in 3 alten, zu unserem festen Besitzstand gehörigen Kreisen Stimmenrückgang, 2 Kreise verloren wir. Durch eifrige und vor Allem ausdauernde Arbeit holen wir die beiden Kreise wieder und machen auch spielend den Stimmenrückgang wett. Der 20. Kreis kam nach langer Pause wieder in unseren Besitz, bei starker Kraftentfaltung kann er gehalten werden. Der 21. und 10. Kreis liegen beide für uns günstig, und sie müssten uns bei guter organisatorischer Vorarbeit auch zufallen. In Ostsachsen hat die Partei einen ungeheuren Aufschwung genommen, von den 29 000 Stimmen, die wir in ganz Sachsen zunahmen, kommen über 21 000 auf die ersten 8 Kreise. Wir gewannen aber hier auch drei Mandate. Der 1895 eroberte 6. und der diesmal uns zugefallene 4. Kreis können dem dauernden Besitzstand eingereiht werden. Den 1. Kreis zu halten und den diesmal mit 24 Stimmen Minorität unterlegenen 2. Kreis zu erobern und zu halten, kostet ein tüchtiges Stück Arbeit, ist aber nicht aussichtslos. Endlich nimmt die industrielle Entwicklung im 7. und 8. Kreis einen uns so günstigen Verlauf, dass auch diese Kreise bald durch Sozialdemokraten vertreten sein dürften. Unantastbar für die Gegner sind natürlich unsere Kreise Leipzig-Land, Chemnitz und Zwickau. Dagegen werden, um den Dresdener Stadtkreis zu halten, immer grosse Anstrengungen nothwendig sein.

Die Situation ist also, wie man sieht, sehr günstig, nur dürfen wir die Hände nicht in den Schoss legen.

Ohne Arbeit kein Sieg!

Betrachtungen über die materialistische Geschichtsauffassung.

Von

George Sorel.

(Boulogne s. S.)

I.

Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, der materialistischen Geschichtsauffassung eine in jedem Betracht genügende Gestalt zu geben. Durch Befastung mit Paradoxen hat man ihre allgemeine Annahme erschwert. Nun haben Professor Labriola in Rom und ein junger neapolitanischer Autor, Benedetto Croce, die marxistische Theorie von den unglücklichen Zusätzen zu reinigen gesucht, die sie erhalten hat. Professor Labriolas Essays über die materialistische Geschichtsauffassung sind ins Französische übersetzt worden und haben wichtige Kritiken von Gelehrten ersten Ranges gefunden. So haben Andler in der Revue de métaphysique et de morale im September 1897, Dürkheim in der Revue philosophique im Dezember 1897 und Seignobos in der Revue critique vom 31. Januar 1898 Arbeiten darüber veröffentlicht. Alle diese Schriftsteller haben anerkannt, dass das Buch des hervorragenden italienischen

Sozialisten einen sehr wichtigen Zuwachs für die sozialistische Wissenschaft darstellt. In der vorliegenden Studie möchte ich meinerseits einige Erläuterungen hinzufügen und versuchen, einige der Schwierigkeiten zu beseitigen, die in der marxistischen Theorie vorhanden sind.

In erster Linie muss bemerkt werden, dass die sonderbarsten Paradoxe der offiziellen Marxisten (wenigstens in Frankreich) nicht einfach spekulative Sophismen sind. Im *Journal des débats* vom 5. Februar 1898 sagt Bourdeau darüber: „Es sind durchaus nicht blosse Geistesspiele. Die Absicht der Marxisten läuft darauf hinaus, den Nachweis zu liefern, wie leicht im Grunde die soziale Frage zu lösen ist, wenn die ökonomische Revolution sich vollzogen hat. Sobald die Industrie selbst sozialisiert ist, handelt es sich für die Proletarier nur noch darum, die politische Macht zu erobern; die politische Organisation, die Familie, die Moral, kurz, alles Uebrige, wird gewissermassen von selbst dann gegeben sein.“ Diese Thatsache darf nicht ausser Augen gelassen werden, wenn man die Propagandaschriften der französischen Marxisten liest. Den alten Utopisten wird immer vorgeworfen, dass sie, um ihre Theorie zur allgemeinen Durchführung zu bringen, zu einem wahren Wunder ihre Zuflucht nehmen müssten, nämlich zur vollkommenen Umkämpfung der Menschennatur. Auf einen solchen Einwand erwidern unsere Marxisten: Wir greifen die Menschennatur nicht direkt an, wir wissen aber, dass sie unter bestimmten Bedingungen veränderlich ist, und dass sie vor Allem die ökonomischen Kräfte verändern können. Wir behaupten, dass wir lediglich die Entwicklung der ökonomischen Kräfte unter dem Kapitalismus in Anschlag bringen und sie nur verständiger, wissenschaftlicher, sozialer, als sie heute der Kapitalismus anwendet, benutzen wollen. Die Produktionsweise ist bereits zum grossen Theil kommunistisch geworden, und wir wissen, dass die Produktionsweise alle menschlichen Ideen und Empfindungen bestimmt. Da wir also die unwiderstehliche ökonomische Entwicklung für uns haben, bewirken wir eine intellektuelle und moralische Umwandlung der Menschen, die der kommunistischen Gesellschaftsordnung erst die volle Lebensfähigkeit verleiht.

Was aber will der Ausdruck Produktionsweise eigentlich bedeuten? Denn eine klare Definition fehlt noch immer. Lafargue scheint die Ausdrücke „Produktionsweise“ und „wie wird produziert“ für identisch zu halten.¹⁾ Revelin meint,²⁾ dass die ökonomische Entwicklung sich sehr leicht messen lasse, und daher auch an den Produktions-Instrumenten der menschliche Fortschritt überhaupt. Für Deville³⁾ ist die Basis der Sitten, der politischen, juristischen, religiösen Einrichtungen etc., kurz der menschlichen Entwicklung in allen Formen, das System der Produktivkräfte. Aus dem Wortlaut scheint klar hervorzugehen, dass Deville die Produktionskräfte von den Produktions-Instrumenten nicht scheidet, und er fügt hinzu: „dieser überwiegende Einfluss des ökonomischen Milieus wird durch die prähistorischen Zeiten wissenschaftlich bewiesen, deren Epochen die Namen der Stein-, Bronze- und Eisenzeit tragen.“ Alle diese Betrachtungen sind ausserordentlich unbestimmt, aber durch die Anwendung dieser unbestimmten Formel ist man zu dem Glauben gelangt, dass die soziale Revolution das einfachste Ding von der Welt, dass sie die direkte Folge der modernen Technik sei. Je mehr man auf die Wichtigkeit der Produktions-Instrumente Werth legte, um so mehr schien die kommunistische Revolution leicht und gewissermassen automatisch vollziehbar. Gegen diese extreme Einschnürung der marxistischen Geschichtsauffassung richteten sich zwei Artikel im Jahrgang 1892 des *Devenir social*, auf die ich hiermit aufmerksam mache. Der eine rührt von einem Anonymus her, der andere, im November-Heft, von B. Croce. Der italienische Autor hat dort den Nachweis geführt, in

1) *Devenir social*, Dez. 1896, pag. 1054.

2) *Devenir social*, Juli 1895, pag. 393.

3) *Philosophie du socialisme*, pag. 9.

welchem Irrthum Professor Labriola befangen ist, wenn er in den Produktions-Instrumenten die einzige und letzte Ursache ökonomischer Entwicklung sieht. Der Anonymus wies darauf hin, dass Marx nicht ausreichendes Material genügend zur Verfügung hatte, um ein allgemeines Gesetz formuliren zu können, das in so strikter Art die Beziehungen der Technologie in der Geschichte der Oekonomie nachweisen könnte. Dieser kolossale Irrthum, der in den romanischen Ländern so ausserordentlich stark verbreitet ist, scheint, zum Theil wenigstens, von einer mangelhaften Uebersetzung herzurühren. Im Text der französischen Ausgabe des Kapital liest man nämlich „Les moyens de travail sont les gradimètres du développement du travailleur.“ In der vierten deutschen Ausgabe aber heisst es auf Seite 142, dass die Arbeitsmittel Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft seien.⁴⁾ Thatsächlich kann man ohne Weiteres zugeben, dass die Produktivität der Arbeit sich in grossen Zügen an der Entwicklung der Arbeitsmittel messen lässt, doch darf man nicht übersehen, dass nach dem Wortlaut der Stelle Marx den Begriff Arbeitsmittel hier in dem Sinne der Gesamtheit der objektiven Arbeitsbedingungen versteht. Auch muss unterstrichen werden, dass es sich hier um die Entwicklung handelt, d. h. um einen Vergleich zwischen zwei aufeinanderfolgenden Zuständen in einem und demselben Lande. Man darf also streng genommen nicht zwei verschiedene Länder mit einander vergleichen, wenn man zur Unterlage des Vergleiches ihre industrielle Ausrüstung nimmt.

Die Nichtigkeit des Devilleschen Argumentes in Bezug auf die prähistorischen Zeiten besonders nachzuweisen, dürfte beinahe überflüssig sein. Wir wissen von den Einrichtungen, Sitten, Ideen unserer Höhlen-Vorfahren so gut wie nichts, und umsoweniger können wir wissen, inwieweit ihre sozialen Fortschritte von der Entwicklung der Arbeitswerkzeuge abhängig waren.

Marx scheint auch niemals an eine derartige Theorie gedacht zu haben. Er sagt, dass die Arbeitsinstrumente wichtiger sind, als die hergestellten Gegenstände, und dass unter diesen die Luxusgegenstände diejenigen sind, die für eine vergleichbare Betrachtung der industriellen Entwicklung von geringster Bedeutung sind. Er sagt, dass die Werkzeuge früherer Epochen den Fossilien der Naturwissenschaft entsprechen, aber er misst ihnen doch einen weniger grossen bestimmenden Werth bei. Die fossilen Ueberreste ermöglichen die Erkenntniss verschwundener Organismen, die Werkzeuge dienen zur Beurtheilung gesellschaftlicher Bildungen. Auch in einer Anmerkung stellt er ausdrücklich die Causalitätsreihe folgendermassen dar: Entwicklung der materiellen Produktion, gesellschaftliches Leben, wirkliche Geschichte. Diese ganze Auffassungsweise hat eine nur sehr entfernte Aehnlichkeit mit den Thesen, die bei den französischen Marxisten besonders gäng und gäbe sind. Ich weise auf diese Einzelheiten deswegen besonders hin, weil die neuesten Kritiker des Marxismus, G. Richard, Andler und Dürkheim gerade diese Thesen als charakteristisch für den historischen Materialismus betrachteten.

II.

Lafargue hat den historischen Materialismus in eine sehr merkwürdige Formel gefasst.⁵⁾ „Diese Theorie, die die offizielle Geschichtswissenschaft umstürzt, lehrt, dass die ganze Art der Produktion sich nach einem in ihr liegenden Bewegungsgesetz

⁴⁾ Die französische Uebersetzung ist reich an Ungenauigkeiten; selbst wirklicher Unsinn steht darin, was die französischen Marxisten allerdings nicht einsehen wollen. Croce nennt sie gleichwohl noch erträglich (*assai buona*). Einige Leute haben vor dem französischen Text so viel Ehrfurcht, wie die katholischen Theologen seiner Zeit vor der Vulgata hatten, die ihnen das Original zu übertreffen schienen. Man vergleiche die merkwürdigen Auslassungen in diesem Sinne im Dezember-Heft 1897 des *Devenir social*, pag. 951, Note.

⁵⁾ *Devenir social*, Dez. 1896, pag. 105f.

entfalte, in welchem Theile des Erdballs sie auch auftritt, ohne dass sie durch das Klima, die Rasse, die geschichtliche Vergangenheit abgelenkt oder umgelenkt werden könnte. Durch ihre Entwicklung aber bildet sie das soziale Milieu, aus dem heraus sie entstanden ist, um, und zwar so, dass das industriell am meisten entwickelte Land seinen Nachfolgern auf der industriellen Leiter nur das Bild der eigenen Zukunft zeigt.“ Leicht ist diese Formel nicht anzuwenden. Ich weiss nicht einmal, ob man je versucht hat, den geringsten Beweis dafür zu liefern. Jedenfalls kann man weder diese Formel, noch Thatsachen, die sie stützen könnten, in dem Marxschen Werke entdecken, selbst nicht den geringsten Beleg. Der Anonymus, dessen Artikel im *Devenir social* ich bereits erwähnte, hat die Idee einer gleichförmigen Entwicklung zu einer Zeit bereits bekämpft, wo diese Idee noch nicht die absolute Formulirung gefunden hatte, die ihr Lafargue gegeben. Er wies darauf hin, dass die ganze Hypothese auf einem kleinen Satztheilchen beruht, das sich in der Vorrede des Kapital befindet, und dem man einen Sinn gegeben hat, den es garnicht besitzt. Marx beschränkt sich nur darauf, den Deutschen zu sagen, dass sie den Uebeln nicht entgehen könnten, die der industrielle Kapitalismus in England hervorgerufen hat. Marx dachte so wenig an ein allgemeines Gesetz, dass er niemals zwischen Frankreich, Deutschland und England einen strengen Vergleich zu ziehen unternommen hat. Von den beiden ersten Ländern spricht er immer nur beiläufig, England betrachtet er als das klassische Land, d. h. als dasjenige, wo sich die verschiedenartigsten und krassesten Formen in völliger Bewegungsfreiheit ausgebreitet haben. Bei der Darstellung des Ursprungs der kapitalistischen Aera zeigt er, dass die verschiedenen Ursachen der primitiven Akkumulation systematisch nur in England im XVII. Jahrhundert anzutreffen sind, nachdem diese sich in mehr oder weniger zeitlicher Folge über Spanien, Portugal und Holland ausgebreitet hat. Marx scheint auch den natürlichen Bedingungen durchaus nicht eine so geringe Bedeutung beigelegt zu haben, wie Lafargue es thut. Wenn man die betreffende Stelle des Kapital sich vor Augen führt, dann sieht man, dass er sehr wohl die Rasse, die natürliche Beschaffenheit des Bodens, die theils topographischen, theils geographischen Bedingungen in Betracht zu ziehen weiss, d. h., dass er darüber wie alle Anderen denkt.

Ich gebe bereitwillig zu, dass man aus einer kleinen Textstelle im Kapital jedes Paradoxon herauslesen kann; aber auf diese den Theologen eigenthümliche Art darf das Kapital nicht studirt werden⁶⁾.

Um den Gedankengang von Karl Marx richtig zu verstehen, ist es durchaus nöthig, seine philosophischen Vorstellungen genau zu umgrenzen. Das hat auch A德勒 in seiner Kritik des Labriolaschen Buches gesagt, und ich selbst habe in der Vorrede, die ich zu der französischen Uebersetzung dieses Buches geschrieben habe, gesagt, dass der historische Materialismus wegen des Mangels einer streng umgrenzten Metaphysik nicht fest auf den Beinen steht und schwer anzuwenden ist. Ich glaube nicht, dass die französischen Marxisten in ihrer Auslegung des Gedankenganges ihres Meisters sehr glücklich gewesen sind. Lafargue behauptet, dass das Problem des historischen Materialismus das Problem des Ursprungs der Idee sei, und dass die Marxisten die Idee Lockes darüber wieder aufnehmen und vervollständigen⁷⁾. Mir scheint das mindestens zweifelhaft. Deville entfernt

⁶⁾ Hier will ich eine Stelle einfügen, die wirklich bedeutsam ist. Marx sagt, dass die Basis der kapitalistischen Entwicklung die Enteignung der kleinen Bauern war. In der französischen Uebersetzung aber liest man auf Seite 91: „... elle n'est accomplie d'une manière radicale qu'en Angleterre... mais tous les autres pays parcourent le même mouvement.“ Da wäre also ein Beispiel für dies Gesetz der Gleichförmigkeit. Leider fehlt aber der letzte Satz im deutschen Text. Da wird nur auf die ausserordentliche Verschiedenheit der Formen dieser Expropriation hingewiesen.

⁷⁾ *Jeunesse socialiste*, Feb. 1895 pag. 86—87.

sich noch mehr von der marxistischen Auffassung, wenn er die Philosophie des Sozialismus folgendermaassen formulirt: Das Studium der wahrnehmbaren Wirklichkeit bringt uns zu der Gewissheit, dass die Grundlage alles Bestehenden eine wirkende Substanz ist, die in ihrer Gesamtheit durch das Wort Materie bezeichnet wird. Daher stammt der Name Materialismus, er ist gewählt, um eine Philosophie zu bezeichnen, die darauf aus ist, ein möglichst getreues Spiegelbild dessen, was ist, zu geben⁸⁾. Hierbei darf nicht übersehen werden, dass die Schrift Engels' über Feuerbach in Frankreich erst 1894 bekannt geworden ist, und dass zudem die Uebersetzung ohne die Marx'schen Fragmente veröffentlicht worden ist⁹⁾. Erst Andler hat den französischen Marxisten die metaphysischen Vorstellungsreihen ihrer Meister wieder vor Augen geführt¹⁰⁾.

Marx selbst hat nie seine historische Geschichtsauffassung dogmatisch formulirt. Sehr häufig hat man, wie B. Croce im Anschluss an Dühring bemerkt, Ausdrücke von ihm für allgemeine Gesetze genommen, die es garnicht waren¹¹⁾. Um in den wahren Gedankengang von Marx einzudringen, muss man nach dem pittoresken Bilde des vorsichtigen italienischen Autors so langsam vorgehen, als hätte man Blei an den Füssen. Man muss seine Sätze nach einander prüfen und dabei beständig alle Umstände im Auge behalten. Wenn man so vorgeht, wird man von selbst sehr viel paradoxe Behauptungen vermeiden.

Um bestimmt festsetzen zu können, was Marx wirklich gemeint hat, ist es vielleicht am wichtigsten, die Informationsmittel zu untersuchen, über die Marx verfügte. Dabei wird es klar, dass diese Mittel häufig in gar keinem Verhältniss standen zu den aus ihnen abgeleiteten allgemeinen Gesetzen. So scheint Marx z. B. über das Alterthum, über die klassischen Schriftsteller nur einige Bücher allgemeiner Natur gekannt zu haben. Man sieht nirgends, dass er mit den Resultaten der zeitgenössischen Forschung in dieser Hinsicht genau vertraut war. Ueber das mittelalterliche Frankreich zitiert Marx A. Monteil. Diese Quelle wäre aber recht ungenügend gewesen, wenn Marx die Absicht gehabt hätte, die Geschichte der französischen Institutionen zu studiren. Ueber das England der modernen Zeit hat Marx sehr viel Bücher gelesen; aber er zitiert auch sehr oft Autoren des XVIII. Jahrhunderts, deren Behauptungen mit grosser Vorsicht aufgenommen werden sollten. Er scheint auch dabei hauptsächlich nur die historische Litteratur, nicht ihre Quellen benutzt zu haben. Nur ein Mal finde ich den Hinweis auf ein im Original vorliegendes Dokument. Leider handelt es sich dabei um eine für die Geschichte recht gleichgiltige Sache¹²⁾.

Es will mir sogar so vorkommen, als wenn Marx seinen Quellen gegenüber niemals eine besonders exakte und intime Prüfungsmethode angewandt hätte. Ich kann dafür ein merkwürdiges Beispiel geben. Auf Seite 688, Note 198, des Kapital zitiert er Rogers' Meinung über die ökonomischen Folgen der Reformation¹³⁾. Er sagt, dass der Autor Professor an der Oxforder Universität sei, und nennt diese Universität den Stammsitz protestantischer Orthodoxie, Rogers' Kritik hätte also umsomehr Gewicht. Bekanntlich war

⁸⁾ Philosophie du socialisme, pag. 4.

⁹⁾ Auch heute sind diese Fragmente noch nicht übersetzt. Ich habe verschiedentlich die Redaktion des Devenir social gebeten, diese wichtigen Marx'schen Bemerkungen abzudrucken. Ebenso wenig hat bisher irgend eine französische Revue von den Thesen Notiz genommen, die Plechanow in den Beiträgen zur Geschichte des Materialismus über die Marx'sche Philosophie aufgestellt hat.

¹⁰⁾ Revue de métaphysique, Sept. 1897, pag. 650.

¹¹⁾ Devenir social, Feb. 1898, pag. 118.

¹²⁾ Siehe Kapital, Bd. I, pag. 689, Note 200.

¹³⁾ Marx übertreibt hierbei übrigens auch noch die Ansicht Rogers', der an sich schon rhetorische Uebertreibungen und selbst die Paradoxe nicht verachtet.

aber Rogers weit davon entfernt, die Orthodoxie von Oxford zu vertreten, er stand im Gegensatz zu der Mehrheit seiner Kollegen und gab infolge seiner fortschrittlichen Ansichten seinen Lehrstuhl im Jahre 1867 auf. Für die soziale Geschichte des zeitgenössischen Englands hat Marx die Parlamentsberichte benutzt, für Frankreich scheint er aber garnicht erst versucht zu haben, wirklich wichtiges Material zu vereinigen. Im Achtzehnten Brumaire kommen nicht wenig Irthümer vor, die daher rühren, dass seine Nachrichten hauptsächlich aus dem Lager der politischen Flüchtlinge stammten. Aber es ist merkwürdig, dass er im Kapital die Behauptungen wiederholt hat, die er 1872 über die Zukunft des kleinen Grundeigentums aufgestellt hat. Im ersten Buch¹⁴⁾ sagt er, dass das platte Land sich von 1846—1860 in demselben Maasse entvölkert hätte, als die kapitalistische Produktion sich der Agrarkultur bemächtigt hätte. Diese merkwürdige Theorie zeigt uns, dass er die Werke von Lavergne über die Agrarkultur und die Bevölkerung nicht gelesen hatte. Wir sehen gleichfalls durch eine Note auf Seite 301, dass er die Enquête von L. Reybaud über die Seiden-Manufaktur nicht gekannt hat. Ich zitiere diese beiden Bücher deshalb, weil sie eine weite Verbreitung gefunden haben. Es ist weiter sehr merkwürdig, dass Marx offenbar in der Technologie und mechanischen Wissenschaft nicht ganz auf der Höhe stand. Er zitiert Ure und Babbage, aber deren Bücher waren 30 Jahre alt, als er das Kapital schrieb. Wir brauchen uns also nicht zu wundern, wenn wir in seinem Buche so wenig originale Thesen sowohl über die Theilung der Arbeit, als über die Maschine finden. Die technischen Gründe, die die Ueberlegenheit der Grossindustrie bedingen, sind sehr unvollkommen angewendet.

Mosso und Langlois haben darauf hingewiesen, dass Marx nur sehr oberflächlich die Wirkung der Ermüdung untersucht hat¹⁵⁾. Auch die menschliche Fertigkeit hat er nicht eingehend studirt. Dieser Gegenstand lag sichtlich ausserhalb des Rahmens der gewöhnlichen Studien des Autors. So behauptet er z. B. auf Seite 304 des Kapital, dass sich die handwerksmässigen Fertigkeiten vererben. Dann aber unterstellt er, dass in einer bestimmten Epoche diese Vererbung aufhört, und dass dieser Umstand wieder die Ersetzung der Kasten durch die Korporation bewirkt hätte. Diese Lücke erklärt sich sehr leicht, wenn man annimmt, dass Marx sich um die Arbeit der zeitgenössischen Psychologie niemals eingehend gekümmert hat. Dieser wichtige Punkt darf beim Studium seiner Werke niemals übersehen werden.

So oft Marx Fragen der Gesetzgebung berührt, befindet er sich offenbar auf einem fremden Terrain, und es fällt ihm schwer, sich auch nur die Thatsachen zu vergegenwärtigen. Z. B. berührt ihn der ausserordentliche Unterschied nicht, der früher zwischen der Rechtspraxis und den von den Gesetzgebern aufgestellten Rechtsformeln bestand. Er scheint auch hierbei nicht an die Quelle gegangen zu sein, und deshalb täuscht er sich, wenn er z. B. über die Verordnungen gegen die Vagabunden und über die Koalitionsgesetze in Frankreich spricht¹⁶⁾.

Dürkheim sagt, dass der historische Materialismus immer versagt, wenn es sich um die Prüfung der religiösen Strömung handelt. Wir kennen kein Mittel, die Religion auf die Oekonomie zurückzuführen, noch irgend einen Versuch, diese Zurückführung wirklich

¹⁴⁾ 4. Aufl., pag. 660, Note 170.

¹⁵⁾ Mosso: Die geistige und moralische Uebermüdung. Uebersetzt von Langlois. Französische Ausgabe, pag. XII und 98. Auf Seite 305 des Kapital findet sich der merkwürdige Ausdruck: Lebensgeister. Es ist unbestreitbar, dass Marx den Fortschritten der wissenschaftlichen Physiologie nicht gefolgt ist, darauf weisen auch diese wenig ausreichenden Beschreibungen der menschlichen Thätigkeit hin.

¹⁶⁾ Das Kapital, Bd. I, pag. 702 und 707.

vorzunehmen¹⁷⁾. Marx hat über Religion nicht viel gesagt, und was er davon gesagt hat, ist nicht besonders glücklich. Er stand nicht auf der Höhe der zeitgenössischen Forschung¹⁸⁾. Seine Meinung über diese Frage ist also nur von einem sehr begrenzten Werk. Der historische Materialismus wird so lange keine völlige Erklärung der Geschichte liefern können, als er nicht eine völlig ausreichende Theorie über die Rolle der Religion geschaffen hat.

Engels hat bekanntlich behauptet, dass er das Werk seines Freundes durch Hinzufügung einer Theorie über den Ursprung der Familie vervollständigte, die von Morgan herrühre. Ich glaube nicht, dass er bei diesem Zusatz eine glückliche Hand bekundet hat, denn Morgans Ideen haben bei den Gelehrten keinen besonderen Anklang gefunden. Es fehlt an jedem Beweis, dass Marx über diese Frage dieselbe Auffassung wie Engels hatte¹⁹⁾.

Wir müssen also unumwunden zugeben, dass im System selber eine Lücke vorhanden ist. Engels' Verdienst war es, diese bemerkt zu haben. Heute aber will es mir so vorkommen, als wolle man rückwärts gehen und die Lücke leugnen. Das scheint mir die Absicht Cunows zu sein. Ich glaube aber, man muss hier den Muth haben, die Wahrheit zu bekennen. Sobald die Familie sich entwickelt hat, enthält sie etwas, das sich auf die Oekonomie nicht zurückführen lässt, und dieses Etwas ist die Basis der Moral. Es liegt an dem Mangel einer Theorie der Familie, dass der Marxismus eine Moraltheorie nicht hat entwickeln können²⁰⁾. Dieser Umstand hat viele Marxisten aber nicht verhindert, die Werththeorie zu einem ethischen Dogma zu stempeln, in dem Verlangen, im Namen eines gewissen Naturrechts — über das sie sich immer lustig machen, wenn ihre Gegner es anrufen — dem Arbeiter das ungeschmälerte Produkt seiner Arbeit zurückzverschaffen.

[Schluss im folgenden Hefte.]

Wandlungen in der anarchistischen Taktik und Doktrin.

Von

Ladislau Gumplowicz.

(London).

Wie wird man Anarchist?

Man wird es, wenn man demokratischer Sozialist war und von der Demokratie enttäuscht wurde. Diese Enttäuschung kommt um so leichter zu Stande, je unfertiger die Demokratie des betreffenden Landes noch ist, je mehr

¹⁷⁾ Revue philosophique, Dez. 1897, pag. 650.

¹⁸⁾ Es wäre nicht richtig, wenn man von Engels hier dasselbe sagen wollte, wie von Marx; immerhin ist es aber interessant, hierbei in Betracht zu ziehen, dass Engels über die Apokalypse einen Aufsatz veröffentlicht hat, der deutlich zeigt, dass er nicht einmal die Namen der zeitgenössischen Forscher auf diesem Gebiet kannte. Er spricht z. B. von Renan, aber nur, um ihn zu beschimpfen. Die Broschüre Engels' über Feuerbach beweist, dass er von der zeitgenössischen Philosophie der letzten 40 Jahre nicht das Geringste gelesen hat.

¹⁹⁾ Ich weiss, dass gegen diese meine Meinung die Note 50a auf Seite 316 des Kapital geltend gemacht werden kann. Diese Note rührt aber von Engels her, Marx' Ansicht konnte nicht so verschieden von dem, was der Text enthält, sein, da er das Bedürfniss einer Verbesserung nicht empfand. Uebrigens beschränkt sich ja auch die Note nur auf die Versicherung, dass Marx es als möglich erklärt hat, dass der Tribus mit der Familie zusammenhängt. In dieser Behauptung liegt doch durchaus noch keine Zustimmung zu der Engelsschen Theorie. Er hat ja seine Ansicht über diese Frage erst nach dem Tode seines Freundes veröffentlicht.

²⁰⁾ B. Croce, Devenir social, Feb. 1898, pag. 109, Note.

und je bösartigere oligarchische und bürokratische Rudimente im Leibe der jungen Demokratie noch stecken geblieben sind. Darum ist der Anarchismus vergleichsweise am entwickeltsten dort, wo der Widerspruch zwischen formeller Demokratie und faktischer Oligarchie am schreiendsten ist: in Frankreich. Und ebenso fasst der Anarchismus am schwersten dort Wurzel, wo vergleichsweise am meisten lebendige Demokratie im staatlichen und sozialen Leben verwirklicht ist, wie in England und der Schweiz.¹⁾

Auch was in Deutschland bisher an demokratischen Einrichtungen vorhanden ist, kann auch nur einigermaßen hochgespannte Ansprüche keineswegs befriedigen. Da ist ein Parlament, dessen Machtbefugnisse vorne und hinten verkrüppelt sind durch allerhand oligarchische Einrichtungen und Praktiken. Da ist ferner der Militarismus, dieser Brennus in der Pickelhaube, der mit dem Gewicht seines plumpen Säbels den Ausschlag der politischen Wage fälscht. Da sind ferner ganz monströse wirtschaftliche und politische Privilegien winziger Monopolistengruppen, wie der ostelbischen Junker — Privilegien, welche die „Gleichheit vor dem Gesetze“ als hohle Phrase erscheinen lassen. Dazu kommt die eingewurzelte Gewöhnung des ganzen Volkes an Bürokratie und Kasernendruck, eine Gewöhnung, deren Nachwirkungen vielfach auch dort störend zu Tage treten, wo die vorgeschrittensten Elemente dieses Volkes sich ihre eigenen Organisationen auf formell demokratischer Basis schaffen.

Kurzum: wer in dem bishen unfertiger Demokratie, was in Deutschland vorhanden war, eine ausreichende Handhabe zu rascher Herstellung der vollen politischen und wirtschaftlichen Freiheit erblickte, der musste bitter enttäuscht werden. Und der Schluss lag nahe: was wir an Demokratie mitangesehen und miterlebt haben, erfüllt seinen Zweck nicht — folglich taugt die Demokratie überhaupt nichts. Damit aber war man beim Anarchismus angelangt.

Eine Reihe spezieller Momente wirkte verstärkend auf diese Tendenz. Da war zunächst die Unhaltbarkeit der materialistischen Geschichtsauffassung in ihrer dogmatischen Form. Die gewissenhafte Analyse der sozialen Thatsachen zeigte, dass sie ohne ein primäres Mitwirken und selbständiges Weiterwirken nichtökonomischer, sowohl sozialpsychologischer als auch individuell-psychologischer Faktoren schlechthin nicht vollständig zu erklären sind. Dass aber eine Doktrin, welche die Keimkraft des Wortes und die Fermentwirkung der starken Persönlichkeit leugnete, ebendadurch diese entwickelungsfördernden Kräfte lähmte, lag auf der Hand. Ein Grund mehr, sich von der marxistischen Sozialdemokratie zu trennen; und eine nichtmarxistische Sozialdemokratie, wie etwa die französischen Possibilisten, gab es in Deutschland nicht.

Eine Gruppe grundsätzlich ausserhalb des Parteiverbandes stehender Sozialdemokraten gab es allerdings seit dem Erfurter Parteitag: die unabhängigen Sozialisten. Ihre Ketzerei wurzelte aber ursprünglich nicht in einer Opposition gegen den Marxismus, sondern umgekehrt in ihrem konsequenten Festhalten an der revolutionär-marxistischen Kladderadatschdoktrin. Je ernster es nämlich Einer mit der entwickelungsgesetzlichen Pflicht der proletarischen Partei nahm, auf einen nahen, sehr nahen Termin die soziale Revolution an-

¹⁾ Wenn sich solche schmachvolle Vorgänge wiederholen, wie die Auslieferung der italienischen Freischärler an die Schergen Rudinis, dann dürfte das Ansehen der Schweizer Demokratie allerdings empfindlich leiden.

zuberäumen, desto höher stieg nothwendigerweise seine Unzufriedenheit mit dem thatsächlichen Verhalten der Partei, seine Erbitterung über ihren Schneckengang. Je aufrichtiger Einer an der *fable convenue* von der „einen reaktionären Masse“ festhielt, desto korrupter musste ihm die tägliche Praxis der Partei erscheinen, die denn doch bei hundert Anlässen nicht umhin konnte, sich mit bürgerlichen Oppositionsgruppen ausdrücklich oder stillschweigend zu verbünden, und die bei den Wahlen, wie recht und billig, auch um die Stimmen von aussenstehenden sympathizers warb — oft recht nützlichen Hilfstruppen, denen gegenüber der hochnäsige Ausdruck Mitläufer meist sehr deplacirt ist. Und je fester Einer an die ulkige Schauermär von der Negation der Negation glaubte, desto prinzipienwidriger musste ihm das Verhalten der Partei vorkommen, die denn doch in der Praxis sehr viel mehr Berührungspunkte hatte mit Handwerksmeistern und Kleinbauern, als mit Kapitalisten und Junkern, und es zuweilen doch nicht vermeiden konnte, die genannten produktiven Volksschichten, ihre natürlichen Bundesgenossen, in Schutz zu nehmen gegen das Umsichgreifen des sozialen Drohnenthums.

Irgend Jemand musste nun an all diesen Verirrungen Schuld tragen. Da aber ein Zweifel an der mystischen Erleuchtung des Proletariats, dieses ausgewählten Volkes der Revolution, bei der Gemüthsverfassung der revolutionären Marxisten von vornherein ausgeschlossen war, so fiel der Verdacht natürlich auf die Führer. Sie mussten nichtproletarische, „kleinbürgerliche“ Elemente sein (damals galt die Regel: was man nicht goutiren kann, das sieht man als kleinbürgerlich an), die den klassenkämpferischen Feuerwein mit schnödem sozialreformerischen Wasser taufeten. Hatte aber der Parlamentarismus lauter „kleinbürgerliche“ Führer in die Höhe gebracht, so musste der Parlamentarismus schädlich sein. Damit fiel das Prinzip der Demokratie in der Politik. Sollte man nun die Demokratie auch in der innern Organisation abschaffen oder nicht? Dies ist der Punkt, auf welchem ein Theil der unabhängigen Sozialisten Halt machte, um nach und nach in die Sozialdemokratie zurückzukehren, während der andere Theil die Konsequenz zog: Alle Führer sind schädlich; wir brauchen gar keine Führer! und damit in den Anarchismus einmündete.

Dazu kam, dass gegen die sozialdemokratische Taktik in jenen Jahren in der That ein sehr ernster Vorwurf erhoben werden konnte: die Vernachlässigung der Gewerkschaftsbewegung. So offenbar diese Vernachlässigung der materialistischen Geschichtsauffassung widersprach, so war sie doch keine blos negative Unterlassungssünde, sondern wurde positiv gelehrt und gepredigt. Mit dem lächerlichsten, marxistisch klingenden Phrasenkram wurde bewiesen, dass in Deutschland auf gewerkschaftlichem Wege nichts, garnichts ausgerichtet werden könne; einzig in der Eroberung der politischen Macht liege das Heil. Da hiess es z. B.: Ja, in England giebt es freilich starke Gewerkschaften, aber das können wir in Deutschland nicht nachahmen; in Deutschland ist nämlich die Konzentration des Kapitals schon zu weit vorgeschritten und der Klassengegensatz schon zu sehr entwickelt. England, die Stammheimath des modernen Kapitalismus, wurde also Deutschland gegenüber als das jüngere Land hingestellt! Oder es wurde gar gesagt: Gewerkschaftliche Kämpfe können nur Erfolg haben in Zeiten steigender Konjunktur, nicht während einer Krise; nun aber müssen bekanntlich auf Grund der ökonomischen Entwicklungsgesetze die Intervalle zwischen den Krisen immer kürzer werden, und schliesslich kommt

die permanente Krise; nach meiner Ueberzeugung sind wir nun jetzt schon in der permanenten Krise drin, folglich ist es mit den Gewerkschaften nichts mehr. Dass solcher gemeinschädliche Unsinn allgemein gelehrt und geglaubt wurde, war ein empörender Zustand, in der That geeignet, gerade Solche in die Opposition zu drängen, die es mit dem materiellen Wohl des arbeitenden Volkes sehr ernst meinten. So kam denn als Erklärung für das gewerkschaftsfeindliche Verhalten mehrerer der einflussreichsten Führer, wiederum nach allen Regeln der hypermarxistischen Logik, die Annahme auf, dass den politischen Vertretern der Arbeiterschaft ihr Sonderinteresse gebiete, keinen andern Gott neben der Politik zu dulden. Und wiederum lag die Folgerung nahe: Weg mit den Vertretern!

* * *

Die Enttäuschung konnte nicht ausbleiben. Man fasste keine Majoritätsbeschlüsse mehr, man stimmte grundsätzlich niemals ab — und hatte doch auf Schritt und Tritt mit dem Trägheitskonservatismus in den eigenen Reihen zu kämpfen. Man wählte nicht mehr, bewarb sich um keine Mandate, womöglich auch um keine Vereinsämter — und doch war es der unbefriedigte Ehrgeiz der Genossen, der immer wieder zu Konflikten Anlass gab. Ja, es zeigte sich sogar, dass der Ehrgeiz eines Anarchisten infolge der steten Kasteiung zu ganz besonderer Bösartigkeit gedeihen konnte. Man hielt sich von der „korrumpirenden“ Politik fern — und doch hatte man in den anarchistischen Gruppen, wie in allen aus dem vorhandenen Menschenmaterial geformten Organisationen, mit der durchschnittlichen Korruptionsquote zu rechnen. Man verlegte sich mit hoffnungsfroher Begeisterung auf die ausserparlamentarische Propaganda der Ideen — und die anarchistischen Gruppen glühten armen flackernden Lichtchen, die jeder Windhauch ganz zu verlöschen drohte. Man jubelte auf, so oft der Telegraph die erste unklare Kunde von revolutionären Gewaltthaten in Italien, in Spanien, in Frankreich brachte — und immer wieder stellte sich heraus, dass es sich um ziellose Ausbrüche individueller oder kollektiver Verzweiflung handelte, deren Rückwirkung auf die Gesamtentwicklung meist eine überwiegend schädliche war.

In all dieser Trübsal gab es einen Lichtpunkt: die Organisation der wirtschaftlichen Selbsthilfe. Ende 1893 hatten die streikenden Kohlengräber Englands gesiegt, obgleich man in Deutschland allgemein ihre Niederlage prophezeit hatte. Die Thatsachen hatten somit uns Anarchisten gegen die herrschende sozialdemokratische Doktrin Recht gegeben; da hiess es das Eisen schmieden, so lange es warm war. Ohnedies hatte das Auftreten Legiens und von Elms in die Mauer des gewerkschaftsfeindlichen Vorurtheils Bresche gelegt; das Häuflein der Anarchisten machte sich mit Eifer daran, diese Bresche zu erweitern, den Muth und die Rührigkeit der Gewerkschaftler zu beleben, zur Unterstützung von Streikenden nach Kräften anzufeuern. So klein ihre Zahl war, so winzige Minoritäten sie gegenüber den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter vorstellten: auf diesem Felde haben sie redliche Arbeit gethan.

Und wie die Blindheit das Gehör des Blinden schärft und zu wunderbarer Feinheit steigert, so schärfte die politische Abstinenz der Anarchisten ihre Aufmerksamkeit für die vielseitigen Möglichkeiten wirthschaftlichen Kampfes. Nach den Gewerkschaften entdeckten sie die Genossenschaften, die (abgesehen von den sozusagen unbewusst vegetirenden sächsischen Konsumvereinen) für die proletarischen Sozialisten Deutschlands fast noch eine terra incognita waren.

Und auch auf diesem Gebiet haben sie Verdienstliches geleistet, wenn auch, ihrer geringen Zahl entsprechend, bis jetzt nur in quantitativ recht bescheidenem Ausmaass.²⁾

Aber in dieser fruchtbaren Thätigkeit lag auch schon der Keim eines Umschwungs verborgen. Denn je mehr man sich in den Gewerkschaften und Genossenschaften praktisch bethätigte, und je mehr man sich in das vergleichende Studium dieser Organisationen vertiefte, desto mehr fand man heraus, dass ihrem Wesen der demokratische Charakter inhärent ist. Anfangs fügte man sich nur widerwillig in die Demokratie als ein momentan unvermeidliches Uebel; bald aber lernte man begreifen, dass die demokratische Verfassung für alle diese Vereine grundsätzlich nothwendig ist, zugleich die einzig praktische und die einzig gerechte. Damit sah man sich genöthigt, die Forderung der „absoluten Herrschaftslosigkeit“ im Sinne Kropotkins über Bord zu werfen und auf die ältere, Proudhonsche Auslegung des Wortes Anarchie zurückzugreifen. Im Sinne Proudhons aber bedeutet Anarchie bekanntlich nichts anderes als die Ersetzung des zentralistisch-bureaukratischen staatlichen Bevormundungsapparats durch die freiwillige Föderation von unten heraufgewachsener, autonomer Assoziationen mit demokratischer Verwaltung.

Diese Rückkehr zur Demokratie konnte aber nicht lange auf das innere Leben der Gewerkschaften und Genossenschaften beschränkt bleiben. Was der Wirthschaft recht war, musste der Politik billig sein. War für die Organisation einer Gewerkschaft die Demokratie ein gesundes Prinzip, warum sollte man dasselbe Prinzip in der Politik verabscheuen?

Dazu kam eine hochwichtige Erwägung praktischer Art. Die Gewerkschaften (und auch die Genossenschaften, siehe Sachsen!) haben nicht blos mit ihren unmittelbaren wirtschaftlichen Gegnern, mit Fabrikanten und Zwischenhändlern zu kämpfen, denen sie mit rein wirtschaftlichen Waffen zu Leibe rücken können. Vielmehr stossen sie bei ihren Bemühungen auch auf die Feindschaft der Staatsgewalt, die sich in politisch rückständigen Ländern mit ebensoviel Energie als Verständnisslosigkeit auf Seite der Ausbeuter zu stellen pflegt. Hier ist also ein Gegner politischer Natur, gegen den man sich mit politischen Mitteln wehren muss; und da ein lediglich passiver Widerstand unzureichend, ein aggressiv-kriegerisches Vorgehen aber offenbar unsinnig wäre, so bleibt als einziger Ausweg die parlamentarische Methode übrig.

Auch noch in anderer Beziehung hat sich inzwischen die anarchistische Rechnung als falsch erwiesen. Die erbitterte Feindschaft gegen die Sozialdemokratie wurde unter anderm auch mit der folgenden Erwägung begründet: Die deutsche Sozialdemokratie sei auf dem geraden Wege, binnen kurzem die politische Herrschaft zu erlangen; anstatt der ersehnten wirtschaftlichen Beglückung werde sie dann ein tyrannisches Staatsallmachtssystem aufrichten, gegen das man nicht früh genug opponiren könne. Man weiss, wie ganz anders es gekommen ist. Die von den Sozialdemokraten erhoffte, von den Anarchisten gefürchtete Diktatur des Proletariats entfloh wie eine Fata Morgana in dämmerige Fernen; und statt dessen brach nicht nur über die Anarchisten, sondern ganz ebenso auch über die Sozialdemokraten eine Aera gouvernementaler

²⁾ Vergl. Adolf Marreck: Eine Konsumgenossenschaft in Berlin. Sozialistische Monatshefte, 1898, No. 4, pag. 178 ff.

Verfolgungen herein. Folgerichtig musste es für jeden aufrichtigen Sozialisten immer schwerer werden, feindselig gegen eine Partei aufzutreten, die von der herrschenden Reaktion so grimmig gehasst und drangsaliert wird. Mir persönlich ist es einfach unmöglich geworden.

Was aber die gegenwärtige politische Lage in Deutschland betrifft, so scheint es mir völlig klar, dass sie eine Allianz aller demokratischen Elemente gegen die volksfeindlichen Gelüste des Junkerthums und seiner grosskapitalistischen Hilfstruppen erheischt. Wollen die bürgerlichen Demokraten dabei nicht mitthun, um so schlimmer für sie; die Sozialisten aber wenigstens sollten einig sein.

Aus all diesen Gründen bin ich überzeugt, dass die bisherigen deutschen Anarchisten in politischer Hinsicht nichts Klügeres thun können, als sich der Sozialdemokratie anzuschliessen. Noch vor einigen Jahren wäre mir ein solcher Vorschlag allerdings unannehmbar erschienen. Inzwischen aber hat die deutsche Sozialdemokratie viel von ihrem früheren unduldsamen Dogmatismus abgestreift; sie hat eigentlich keine starre Doktrin mehr, sondern ist in reger Entwicklung und Wandlung begriffen. Fast auf jedem Parteitag treten prinzipielle Meinungsverschiedenheiten zu Tage, ohne dass man eine Spaltung oder Ausschliessung für nöthig befände. Hat aber die Sozialdemokratie Platz für Legien wie für Auer, für Vollmar wie für Kautsky, für Wolfgang Heine wie für Ledebour, für Bebel wie für Bernstein, dann muss sie logischerweise auch Platz haben für die aus der anarchistischen Schule hervorgegangenen Sozialisten, sobald diese das demokratische Prinzip und die Berechtigung des Wahlkampfes ehrlich anerkennen.

Ich weiss wohl, dass lange nicht alle deutschen Anarchisten meinen Weg gehen. Vielleicht zur Stunde nicht einmal die absolute Mehrzahl. Früher oder später aber werden alle Anarchisten, die im Stande sind, ihre eigenen Gedanken zu Ende zu denken, entweder rückwärts müssen zum kapitalistischen Liberalismus oder vorwärts zur sozialistischen Demokratie. Und sie werden das Letztere wählen; allerdings nicht als kritiklose Programmnachbeter. Sie werden die goldene Frucht ihrer anarchistischen Lehrjahre nie wieder preisgeben: die Erkenntniss vom unschätzbaren Werth der Selbsthilfe in all ihren Formen und der Selbstverwaltung auf allen Gebieten.

Der kleine Mann und seine Retter.

Von
Sigmund Kaff.
(Wien.)

I.

Im dreizehnten Kapitel seines Kapital hat Karl Marx den Vernichtungsprozess geschildert, welchem der Kleinbetrieb im Kampfe mit der Grossindustrie anheimfällt. Er hat diesen Kampf hauptsächlich vom technisch-ökonomischen Standpunkte und als Naturnothwendigkeit dargestellt. Durch die Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über die Lage des Handwerks weiss man, dass dessen Defizit an Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Grossbetrieb nicht blos der technisch-ökonomischen Ueberlegenheit des letzteren zuzuschreiben ist, sondern auch der veränderten Bedarfsgestaltung.

Der moderne Konkurrent hat keine Zeit, auf die Herstellung des Produkts durch den Handwerker zu warten; er will die fertige Waare kaufen, die ihm der Grosshandel — noch dazu in erwünschter Auswahl — bietet. Der Grosshandel ist aber nicht denkbar ohne die Erzeugung en gros, ohne die Fabrikindustrie. Nur diese ist im Stande, die gesteigerten Bedürfnisse des verwöhnten Konsumenten unserer Zeit zu befriedigen, und das gilt nicht bloss vom Städter, sondern auch vom ländlichen Bewohner.

Andererseits sind zahlreiche Gebrauchsgegenstände durch die vorgeschrittene Technik der Gegenwart überflüssig geworden. Die Wasserleitungen in den Grossstädten haben viele Erzeugnisse von Bindern und Spenglern überflüssig gemacht, die Kürschnerei hat eingebüsst durch die Veränderungen der Transport- und Heizanlagen, sowie durch die Mode. Wer in den wohlgewärmten Koupees der Eisenbahn fährt, bedarf der Pelzkleider nicht, ohne welche eine Reise im Post- und Stellwagen zur Winterszeit undenkbar wäre. Kirchen, Theater und andere öffentliche Gebäude werden heutzutage geheizt, wozu also Pulswärmer, Pelzhandschuhe und dgl. kaufen? Boas, Muffe werden aus Fabriken bezogen, Wollwaaren ersetzen den theuren Pelz.

Diese geänderte Bedarfsrichtung und die wirthschaftliche Uebermacht des Kapitals haben die sogenannte Handwerkerfrage erzeugt. Der Kleinbetrieb ist von der Grossindustrie verdrängt oder dieser unterthan worden. Etablissements zum Bau von Schiffen, Eisenbahnwaggons, Omnibussen beschäftigen ganze Regimenter der verschiedensten Berufe oder haben Kleinmeister zu Lieferanten und Subunternehmern; noch mehr gilt dies von der Kleider- und Möbelindustrie. Heimarbeit und Sitzgesellenthum — das auswärtige Departement der Fabrikindustrie — verdrängen den selbständigen Gewerbetreibenden. Immer geringer wird die Zahl derjenigen Kleinmeister, welche ihren Betrieb vom Grosskapital unabhängig erhalten können; viele vermögen sich nur dadurch zu behaupten, dass sie — wie die Schlosser, Klempner — zum Kunstgewerbe übergehen und in die Sphäre des Luxus übergreifen.

Dazu treibt die Gewerbefreiheit immer neue Meister an die Oberfläche, welche sich infolge der günstigeren Kreditverhältnisse der Gegenwart leichter selbständig machen können als in früheren Zeiten. Es entsteht ein heftiger Konkurrenzkampf innerhalb des kleingewerblichen Froschteiches, der nicht minder erbittert geführt wird, wie jener gegen das Grosskapital.

Indess wäre es irrig anzunehmen, dass die Verhältnisse in der sogenannten guten alten Zeit, da das Handwerk noch den berühmten goldenen Boden hatte, wesentlich besser gewesen wären. Allzu feurigen Schwärmern für die Herrlichkeit der mittelalterlichen Blüthezeit des Handwerks kann man die Verse Sebastian Brants entgegenhalten, welche dieser in seinem Narrenschiff zu Ende des XV. Jahrhunderts singt, und die mit den Strophen der Meistersinger gar seltsam disharmoniren:

Kein Handwerk hat mehr seinen Werth,
 Ueberlastet ist jedes und beschwert;
 Ein jeder Knecht will Meister werden,
 Drum sind jetzt Handwerk viel auf Erden.

Mancher zum Meister sich erklärt,
 Dem nie ein Handwerk ward gelehrt.
 Einer dem Andern wirkt zu Leide
 Und treibt sich selbst oft über die Haide.
 Was dieser will nicht billig geben,
 Das sieht man Zwei oder Drei daneben,
 Die meinen das zu liefern wohl,
 Doch die Arbeit ist nicht, wie sie soll;
 Man sudelt Waare jetzt in Eil,
 Dass man sie billig halte feil.
 Dabei kann man nicht lange bleiben;
 Theuer kaufen und wohlfeil vertreiben!
 Das Handwerk trägt man so zu Grabe,
 Es kann kaum noch ernähren sich

Ein deutscher Universitätsprofessor grub diese charakteristischen Verse des alten Chronisten aus und zitierte sie in einem jüngst erschienenen Buche, welches die kopflose Politik schildert, die man bei uns dem kleinen Manne gegenüber seit jeher einschlug. Das Buch*) kommt zu gelegener Zeit und ist ein Schuss ins Schwarze. Allerdings werden sich die Schwarzen, die mit ihren Kutten die Sonne der Vernunft verhängen möchten, wenig oder nichts daraus machen; fest steht und treu die Schaar ihrer thörichten Schäfelein zu ihnen, und diese selbst können nicht einmal durch Schaden klug werden, da der Antisemitismus eine zu wirksame Scheuklappe ist, als dass sie im dunkeln Walde des Kapitalismus die arischen Stämme von den nichtarischen zu unterscheiden vermöchten.

Freilich die Aera jenes Liberalismus, der das Kleine zwar herzlich, aber nicht existenzberechtigt fand, ist vorbei. Mögen immerhin die Manchesterlinge orthodoxer Observanz nach wie vor auf dem Standpunkte des Anzengruberschen Steinklopferhannes stehen: Es kann Dir nix g'scheh'n! Allein der jüngste Liberalismus hat angesichts der augenscheinlichen Veränderungen im Handwerk seine Methode geändert und allerlei homöopathische Mittel angewendet, bis der kleine Mann wild wurde und sich drohend gegen seine Aerzte kehrte.

Das Buch Wäntigs ist ein prächtiges Buch, und wir können es unseren Lesern sehr empfehlen. Bevor wir jedoch auf seinen höchst aktuellen Inhalt eingehen, müssen wir unser kritisches Gewissen beruhigen. Der Verfasser hat trotz aller Mühe, die er sich bei der Durchdünung des Stoffes gegeben und zu welchem Zwecke er die Thatsachen an Ort und Stelle studierte, bei der Darstellung der sozialistischen Bewegung einige Ungenauigkeiten sich zu Schulden kommen lassen, die — so unbedeutend sie auch sind — wir dennoch gern missen möchten, da sein Buch als Quellenwerk vielfach benutzt werden dürfte. Wichtiger ist, dass er bei der Schilderung der antisemitischen Mittelstandspolitik nur unvollständig der klerikalen und christlichsozialen Velleitäten gedachte. Was Dr. Ebenhoch gelegentlich des im Jahre 1894 abgehaltenen Kongresses der Leo-Gesellschaft über die Reformziele in der Handwerkerfrage zu Tage förderte, hätte eine Erwähnung verdient, nicht wegen der dem Genannten zu-

*) Gewerbliche Mittelstandspolitik. Eine rechtshistorisch-wirtschaftspolitische Studie auf Grund österreichischer Quellen. Von Heinrich Wäntig, a. o. Professor an der Universität Marburg. Verlag von Duncker & Humblot, Leipzig 1898.

kommenden Bedeutung, als vielmehr wegen der demagogischen Abstrusität seiner Forderungen. Nicht minder wichtig ist ein anderes Uebersehen, welches dem Verfasser bei der Untersuchung des Wesens der Zwangs-genossenschaften unterlaufen ist. Wir meinen die Thatsache, dass vielen und gerade den bedeutenden Genossenschaften auch Inhaber fabrikmässig betriebener Unternehmungen angehören, was den Charakter der genossenschaftlichen Organisationen oft erheblich verändert und manche Strömungen in gewerblichen Kreisen zu erklären geeignet ist. Aber sehen wir von diesen Schwächen und Mängeln ab! Wäntigs Buch ist gut und vermag, wiewohl es sich auf die Kritik beschränkt und die Negation der bisherigen von Regierung und Parteien betriebenen Mittelstandspolitik zum Inhalte hat, auch positiv zu wirken, indem es zeigt, was eine realistische Politik zu meiden und zu unterlassen hat, um nicht den Untergang des kleinen Mannes zu beschleunigen. Denn mehr wird ja bei der ganzen Retterei des Handwerks nicht herauskommen. Wo der Kapitalismus mit seinen ehernen Füßen die Arena des wirthschaftlichen Kampfes beschreitet, da muss, wie unter den Tritten weiland Attilas, der Gottesgeisel, das Gras, das Handwerk schwinden. Auch wenn man nicht so pessimistisch ist, zu meinen, die Todesursachen des absterbenden Handwerks werden sich bei der Sektion des Leichnams ergeben, eines steht fest: dass selbst eine antisemitische Danae einem Goldregen auf die Dauer nicht Widerstand zu leisten vermag, und dass der klerikale Schutzwall, welcher um das Handwerk in Form von Zünften und Befähigungsnachweis aufgeführt werden soll, sich dem kapitalistischen Sturmbock gegenüber nicht härter erweisen wird, als die chinesische Mauer.

II.

Wenn man den liberalen Politikern glauben dürfte, wären Unbildung und kaufmännisches Ungeschick der heutigen Handwerker die stärksten Ursachen für deren triste Lage. Indess deuten verschiedene Erscheinungen und Thatsachen auf andere Gründe hin: die zur Regellosigkeit ausgeartete Freiheit des liberalen Wirthschaftssystems, verschärft durch eine einseitige manchesterliche Gesetzgebung; die technische Uebermacht des Grosskapitals, die gesteigerten Ansprüche des Konsumenten — kurz, die wirthschaftlichen Folgen der veränderten Produktion und Konsumtion. Das ist nun ein so dunkles Kapitel, dass man lichtfreudigen Elementen, wie es nun einmal die Jünger Loyolas sind, nicht gut zumuthen kann, sich die logischen Komplikationen der Frage klar zu machen. Und vor Allem: so abstrakte Dinge taugen nicht für den Gebrauch im politischen Leben, zumal sie dem Verständnisse der Menge zu ferne liegen. Diese braucht handgreifliche, physisch fassbare Erklärungen. Sie fragt daher nicht: Was richtet den Kleingewerbetreibenden zu Grunde? Sondern: Wer ist der Missethäter? Kaum war die Frage gestellt, so erscholl darauf als Antwort: die Juden! Und hallelujah, der Sündenbock war gefunden! Die Jünger Loyolas, sowie deren bewusste und unbewusste Affiliirte hatten nun, was sie brauchten. An nescis, mi fili, quantula sapientia gubernetur mundus? Und: mundus vult decipi, ergo decipiatur! Zwar hatte der nach Oesterreich eingewanderte deutsche Junker und hier fromm gewordene Baron

von Vogelsang in einem seiner Vaterland-Artikel erklärt: „Wenn durch irgend ein Wunder an irgend einem gesegneten Tage alle unsere 140000 Juden uns entzogen würden, es wäre wenig geholfen. Denn uns selbst hat der Judengeist angesteckt, in unseren Institutionen ist er inkarnirt, unsere ganze Lebensanschauung, unser Handel und Wandel ist davon durchzogen.“ Allein dieses Geständniss hinderte nicht, dass die katholischen Sozialpolitiker vom Schlage der Lichtensteine statt „über den Abfall vom Geiste des Christenthums“ und des christlichen Volksthums zu richten, über die Juden zu Gerichte sassen. Für den Kleingewerbetreibenden, nach dessen Seele man haschte, waren Begriffe untauglich; da schob man denn ein Schlagwort unter, das sich zur rechten Zeit eingestellt hatte. Es war die Zeit, da die Schönerer und Pattai mit Erfolg den nationalen Antisemitismus zu handhaben begannen. Sollte der Kleinbürger endgiltig dem Liberalismus entrissen und für die deutsch-nationale Idee eingefangen werden, dann musste vor Allem die liberale Wirthschaftspolitik bekämpft werden. Dies geschah denn auch, und zwar mit umso grösserem Erfolge, als die antisemitische Optik in der That immer nur Juden sehen liess, ohne dass die biederen Zuschauer, die ehrsamten Handwerksmeister, der Spiegel und Gläser gewahr würden, welche den arischen Leib der schwebenden Dame Grossindustrie hinwegblendeten. Freilich darf dabei nicht verschwiegen werden, dass bei diesen optischen Täuschungen die liberale Presse, wenn auch unfreiwillige, so doch deshalb nicht unwirksame Dienste erwies, indem sie die ebenso einseitige als falsche Taktik des Todtschweigens fast regelmässig dann aufgab, wenn die Umstände eine kluge Zurückhaltung erforderten. Indess nahm das Schicksal seinen Lauf. Mit dem Medusenhaupt des Antisemitismus unterm Jesuitenhut trieb Perseus Lichtenstein die verzweifelten Kleinbürger zu Genossenschaftstagen zusammen, deren letzter im September 1890 abgehalten wurde und mit der Annahme eines Programms endete, welches einige Jahre später als lex Lichtenstein seine Auferstehung feierte. Von diesem Programme galt, was der konservative Politiker Prof. Huber über die analogen Bestrebungen der deutschen Zünftler einige Jahre vorher gesagt hatte: „ . . . Das waren die bekannten, vermeintlich konservativen Interessen und Lehren entspringenden, grossentheils aller historischen Begründung ermangelnden Phrasen über die vermeintlichen „guten, alten Zeiten“, die „Herrlichkeit des Handwerks“ u. s. w. — derselbe gänzliche Mangel an Verständniss für die Verschiedenheit der Umstände und Verhältnisse der Gegenwart und der Vergangenheit, wodurch Einrichtungen, die damals wenigstens relativ erspriesslich, deren Nutzen grösser als ihre Nachtheile sein konnten, in unseren Tagen entweder überwiegend nachtheilig — auch für das Handwerk selbst — oder geradezu unmöglich sind. Es war dieselbe Befangenheit und Einseitigkeit, derselbe Mangel an Kenntniss der Lebenserscheinungen und Lebensbedingungen in weiten Kreisen der Gegenwart, die mit viel weniger Entschuldigung wirkliche Unwissenheit auch von Seiten der höheren Kreisen angehörenden vermeintlichen „Gönner des Handwerks“ sich als hohe „konservative Sozialpolitik“ geltend machen will.“

Allein man würde fehlgehen, wenn man es blos dem Unverstande der feudalen Sozialpolitiker zuschreiben wollte, dass die Niederschmetterung

des liberalen Gegners nicht rasch genug vor sich ging. Die hohen feudalen Gönner des Handwerks waren zwar nicht von des Gedankens Blässe angekränkt, wohl aber mit der Bankokratie und der Fabriksindustrie derart liirt, dass sie nicht umhin konnten, neben ihren agrarischen Interessen auch ihrer industriellen jederzeit zu gedenken. Dies und andere Ursachen, wie die von den Liberalen weidlich fruktifizirte Bontoux-Affaire erklären es zur Genüge, dass die Vogelsang, Rudolf Meyer u. A. Rufer in der Wüste wurden. Da trat eine andere Grossmacht, die sich bisher beobachtend im Hintergrunde gehalten, auf den Plan: die katholische Kirche, zwar nicht mit einem sozialen Programm, wohl aber mit sozialen Präntionen. Die Graf Blume, Sylva Tarouca u. A. deklamirten über wirthschaftliche Fragen, ohne besonders viel Publikum anzulocken. Es musste erst unser Perseus-Lichtenstein kommen, um diese Präntionen zu befriedigen. Der mit dem Feudaladel verbundene Klerus hatte bisher nur eine Domäne zu behaupten vermocht, die bäuerliche. Die Menge des Kleinbürgerthums pendelte zwischen den bürgerlichen Parteien gleich verirrtten Schafen herum, bis Perseus-Lichtenstein seine Fangleinen warf. Er trieb der Kirche die geängstigten Gemüther der von der Grossindustrie bedrängten Handwerker zu und verschaffte ihr so eine zweite Domäne. Allerdings musste er sich zu diesem Zwecke von den alten Parteigenossen, welche so glücklich waren, industrielle und agrar-kapitalistische Interessen zu haben, äusserlich trennen. Indess lag es ja auf der Hand, dass das vereinte Schlagen hier thatsächlich vom getrennten Marschiren abhing. Und die Kirche hatte es nicht zu bereuen, die Taktik bewährte sich. Es war eine äusserst bequeme Arbeitstheilung: die politische Botmässigkeit des Bauernvolkes, exekutirt von einem hohen und niederen Klerus zu Nutz und Frommen der Adelskaste und des Klerus selbst; und die politische Botmässigkeit der Handwerkerklasse, besorgt von dem Detachement Lichtenstein-Lueger in majorem Dei gloriam. Nun erst ward der gemeinsame Feind Liberalismus bezwungen; die demagogischen Pfeile der Christlich-Sozialen — so nannte sich die klerikale Avantgarde — wirkten umso verheerender, als sie mit antisemitischem Gifte bestrichen waren. Gewerbepolitisch war der Liberalismus schon im Jahre 1883 unterlegen, da er die Gewerbefreiheit, welche ihm der Absolutismus im ersten Schrecken über die Niederlagen von Magenta-Solferino durch das 59er Patent in den Schoss geworfen hatte, mit der Beschränkung des freien Wettbewerbs durch den Befähigungsnachweis hatte vertauschen müssen. Nun unterlag er auch parlamentarisch, zermüht von Taaffes Kleinkraft, den nationalen Aspirationen der Slaven und dem sozialistischen Ansturm. Das war die Zeit, da die christlich-soziale Partei den bereits geschwächten liberalen Stier packte und mit der Grausamkeit eines Fleischerknechts bearbeitete. Freilich war damit für die Rettung des Kleingewerbes noch nichts erreicht, denn inzwischen war ein anderer Kämpfer — die Sozialdemokratie — kräftig herangewachsen, welcher zwar den Kapitalismus noch tödtlicher hasste, aber in seinem ehrlichen Hasse alle Anbeter des goldenen Kalbes umfing, die industriellen sowohl, wie die agrarisch-feudalen, wie auch die kleingewerblichen. Der Liberalismus ward in den Hintergrund gedrängt; seine wirthschaftlichen Prinzipien und Interessen vertraten die Regierungen

mit mehr oder minder grossem Eifer, meist durch passiven Widerstand gegen die zünftlerischen Begierden, aber stets mit dem festen Willen, ihnen den kleingewerblichen Gehilfen und Arbeiter preiszugeben.

Inzwischen werden diese Begierden immer wilder aufgestachelt. Die nach den Beschlüssen des 4. Gewerbetages gearbeitete lex Lichtenstein vom Jahre 1891 bezweckte eine ausgiebige Verstärkung der 1883er Novelle, mit welcher in die liberale Gewerbepolitik schon Bresche geschossen war. Zwar versanken die Vorschläge Lichtensteins im parlamentarischen Archive, allein alle Gesetzentwürfe und gewerblichen Aktionen der Regierung waren im Geiste des prinzipiellen Rattenfängers konzipirt. Und es war wahrhaftig keine unbefleckte Empfängniss! Das Koalitionsministerium und noch mehr das Kabinet Badenis liebäugelten mit den gewerbefreundlichen Christlich-Sozialen, während sie mit den Klerikalen vor aller Augen hinter die Laube gingen. Die unter diesen Ministerien Gesetz gewordenen Regierungsvorlagen tragen sämmtlich den Stempel Ebenhoch-Lichtensteins. In den Hauptpunkten freilich vertrat, wie schon erwähnt, die Regierung Taaffes sowohl wie die Windischgrätz-Pleners wie auch die Badenis liberale Wirthschaftsprinzipien, zum Theil aus Gründen allgemeiner Staatsraison, d. h. aus fiskalischen Gründen, die von der Furcht diktiert waren, dass die Steuerkraft der Bevölkerung bei einer allzu zünftlerischen Behandlung der Industrie geschwächt werden könnte; zum Theil deshalb, weil man dann doch einem Fürsten Schwarzenberg, einem Baron Rothschild und anderen feudalen Fabriksbesitzern nicht im Ernste zumuthen konnte, dass sie einen Befähigungsnachweis erbringen, d. h. eine mindestens achtjährige Verwendung in den diversen Gewerben, welche in ihren industriellen Etablissements betrieben werden, nachweisen sollten. Denn dies und Anderes — auf Ehr! — verlangte Lichtenstein Alois in seinem Gesetzentwurfe. Ganz ohne jede Prüderie wurde für das Handwerk eine Ausnahmestellung reklamirt, wie zur Zeit der Meistersinger von Nürnberg; mit Vorrechten und Privilegien aller Art ausgerüstet, sollte das Handwerk ein Monopol auf die Herstellung auch solcher Waaren und Produkte erhalten, deren Erzeugung heute rationeller Weise nur fabrikmässig gedacht werden kann. Die Tendenz der Volkswirtschaft, mit möglichst geringem Aufwand an Mitteln und Kosten möglichst viel zu produziren, sollte zur Umkehr gedrängt, in ihr Gegentheil verwandelt werden: Eine unökonomische Oekonomie, das ist das Ideal Lichtenstein-Ebenhochs, die damit unbewusst wohl die Theorie des Pfaffen Malthus in die Praxis übertragen wollen, jenes Nationalökonomens, der in der Uebervölkerung die Quelle der sozialen Noth erblickte. Freilich, vermehrt sich die Menschheit in der bisherigen Progression, dann dürfte nicht allein die Erde, sondern — was fast noch gefährlicher — der Himmel und die Hölle sich dereinst als zu klein erweisen. Und den Herren Ebenhoch-Lichtenstein ist es bekanntlich nicht blos — oder wollen wir sagen: auch? — um das irdische Heil der Menschheit zu thun Deshalb die Monopolisirung des Handwerks, die Beschränkung der Produktion, vor allem der Grossindustrie; aber auch des Handels und der Konsumtion, um die Vermehrung der Menschheit hintanzuhalten und so kleine nationale Froschteiche herzustellen, in denen

sich Niemand wohler befinden würde, als die klerikalischen Störche und andere Sumpfvögel. —

Man muss die letzten Konsequenzen aus den Lehren der katholischen Zünftler ziehen, wenn man die ganze Monstrosität derselben erkennen will. Bisher haben die Professoren der Volkswirtschaft vorwiegend über die Formen gestritten, die Folgen der kleingeistigen Kleingewerbepolitik jedoch ziemlich ignoriert. Ein Nicht-Nationalökonom, Friedrich Nietzsche, ist es, welcher diese Folgerungen zieht, indem er in seiner Götzendämmerung den Konservativen ins Ohr sagt:

„. . . . Es giebt auch heute noch Parteien, die als Ziel den Krebsgang aller Dinge träumen. Aber es steht Niemandem frei, Krebs zu sein. Es hilft Nichts: man muss vorwärts, will sagen Schritt für Schritt weiter in der Décadence (— dies meine Definition des modernen Fortschritts —). Man kann diese Entwicklung hemmen, die Entartung selber stauen, aufsammlen, vehementer und plötzlicher machen: Mehr kann man nicht.“

Der moderne Militarismus, seine Entwicklung und sein Ausgang.

Von

E. Belfort Bax.

(London.)

Es ist weit und breit anerkannt, dass das gegenwärtige Europa unter der Last der aufgeschwollenen Rüstungen erstickt. Die Zahl der Truppen, die eine moderne Grossmacht im Stande wäre, binnen kurzer Frist ins Feld zu führen, ist wahrscheinlich grösser als je zuvor in der Geschichte. Soll man diesen Umstand als ein Zeichen der Blüthe, oder des Verfalls des Militarismus ansehen? Als das frische Leben oder die fettige Entartung desselben? Der Antwort dieser Frage muss eine kurze Betrachtung der geschichtlichen Entwicklung der Natur des Kriegswesens vorangeschickt werden.

In der Kriegskunst hat eine ähnliche Entwicklung stattgefunden, wie in jeder industriellen Kunst. In früheren Epochen der Weltgeschichte war das Fechten eine Sache der bürgerlichen Kraft, des Muthes und der Geschicklichkeit des Einzelnen. Gerade wie der mittelalterliche Zunftmeister und Handarbeiter im Allgemeinen sein eigener Herr war, mit seinen eigenen Werkzeugen arbeitete, ebenso war der Soldat sein eigener Drillmeister, ritt zur Schlacht auf seinem eigenen Rosse, in eigener Rüstung, mit eigenen Waffen, freiwillig seinem Heerführer Folge leistend; jedoch war sein Gehorsam keineswegs derjenige des Sklaven und noch weniger der der Maschinen. Kurz und gut, er war in jeder Beziehung ein unabhängiger Arbeitsmann, der ein besonderes Handwerk, dasjenige des Kämpfens, ausübte; er wurde in früheren Gesellschaftsstadien als der Fürst unter den Handwerkern betrachtet. Er mit seinen Kollegen gehörte der grossen Ritter- oder Kriegsheldenzunft an. Sein Führer, das jeweilige Haupt der Zunft, war nur primus inter pares, und besass keine despotische Macht über seine Waffenbrüder. Agamemnon, „König der Menschheit“, musste sich den Entscheidungen oder Beschlüssen seiner versammelten Krieger unterwerfen, er war machtlos gegenüber Achilles und seinen Myrmidonen, als diese ihm

die Gefolgschaft aufsagten. Dasselbe war mit dem germanischen Heerführer der Fall, dem Herzog, der mit seinen Waffengenossen die Eroberung der römischen Welt unternahm. Später, als Wilhelm von der Normandie mit seinen Rittern den Einbruch in das angelsächsische England machte, hatte er keineswegs die entscheidende Macht über seine Begleiter, abgesehen von dem moralischen Einfluss, welchen das damalige feudale Verhältniss ihm verlieh; sogar lange nachher, am Schlusse des Mittelalters und auch noch später, unterlagen die Landsknechte keiner Disziplin im modernen Sinne. Sie bildeten ihre eigene Zunft, lieferten ihre eigenen Waffen-Rüstungen, trugen keine Uniform, ausser der Wappenfarbe der kaiserlichen, fürstlichen oder freiherrlichen Familien, waren aber jederzeit bereit, diese, wenn sie von ihnen nicht regelmässig bezahlt oder sonst nicht gebührend behandelt wurden, unbarmherzig im Stich zu lassen. Damals war der Abstand zwischen dem gemeinen Soldaten und dem Offizier viel geringer wie heut zu Tage. Damals konnte unter Umständen der einzelne Krieger durch seine persönliche Tapferkeit den Feind zur Flucht bringen und eine Schlacht retten, und so besass denn jeder einzelne Kämpfer seinen eigenen Werth. In England war bis zur Zeit Karls II., d. h. bis zur zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts, der Militärdienst unter den königlichen Farben vollkommen freiwillig. Ein militärischer Codex war bis dahin unbekannt. Das Gesetz gab dem Offizier keine rechtliche Macht über den Gemeinen. Auch wenn Letzterer den Offizier schlug, war er nur der gewöhnlichen polizeirechtlichen Geld- oder Gefängnisstrafe unterworfen. Aber gerade um jene Zeit fing der Charakter des Kriegswesens und mithin des Soldatenlebens sich wesentlich zu ändern an. Es war ungefähr zu dieser Zeit, dass Louvois, der Minister Ludwigs XIV., die königliche Armee in Uniform steckte, und dass Vauban seine neue Fortifikationskunst erfand. Die Anfänge der modernen Armee sind nun schon vorhanden, die Anfänge eines Entwicklungsstadiums, das mit dem heutigen Heerwesen der grossen Mächte abschliesst.

Und was ist das Kennzeichen dieses modernen Heerwesens? Die Antwort lautet: Mechanismus. Die moderne Armee ist eine grosse Maschine. — Wie in der modernen Fabrik das Prinzip des Mechanismus auf die Industrie angewendet wird, d. h. auf das Erzeugen, so wird auch in der modernen Armee dasselbe Prinzip auf den Krieg angewendet, d. h. auf die Vernichtung. Das Ideal der modernen Armee ist die Maschine. Zu diesem Zweck sucht dieselbe in allen ihren Gliederungen die Wirkungen einer Maschine hervorzubringen. Das ist der Zweck der ganzen modernen militärischen Organisation. Das Leben des Soldaten ist demzufolge heut zu Tage von einer Reihe rein mechanischer Verrichtungen in Anspruch genommen; dazu gehört das Poliren des Uniformknopfes und des sonstigen metallischen Zubehörs bis zum höchsten Glanze, eine pedantische Fleckenlosigkeit der Uniform herzustellen und beizubehalten u. s. w. Ziel und Zweck des Drills ist eine absolute Gleichförmigkeit der Körperlage, eine Gleichmässigkeit aller körperlichen Bewegungen; die Reihen der Fusspitzen der Bataillone müssen eine mathematisch gerade Linie bilden. Demnach ist das Endergebniss des modernen Militarismus die Aufhebung der Individualität des Soldaten. Sogar die Aeusserungen des Elans und des Enthusiasmus müssen geübt werden, damit sie mit mechanischer Regelmässigkeit hervorgebracht werden. Der wilde spontane Kriegsruf der Stammeshelden, wenn sie auf Sieg oder Tod anstürmen, muss heute auf Kommando

stattfinden, Alles muss genau nach der Schablone vor sich gehen. Was würden wohl die Kelten, die Markomannen oder die Gothen gesagt haben, wenn ihnen zugemuthet worden wäre, ihre spontanen, wenn auch hergebrachten Kriegs-äusserungen auf Befehl zu praktiziren? Der Soldat als Rad eines komplizirten Mechanismus hätte ihnen gewiss wenig Sympathieen eingeflösst. Das Kriegswesen also, ebensowohl wie jede industrielle Thätigkeit ist heute aus dem Stadium des Handwerks in dasjenige der Maschinenwirthschaft eingetreten. Daher die verschiedene Auffassung, mit welcher nun die Stellung des Soldaten angesehen wird.

In früheren Zeiten war die Waffenlaufbahn die populärste, denn in keinem andern Beruf war der Mann soviel sein eigener Herr. Sogar bis in den 30jährigen Krieg ist diese Freiheit und Unabhängigkeit des Soldaten bemerkbar. Das Einzige, was früher vom Krieger verlangt wurde, war Tapferkeit und schonungslose Energie. Der alte Landsknecht war ein lustiger Kamerad, der der Welt trotzte und seinen Herrn, wenn er ihm nicht gefiel, einfach verliess. Jetzt ist die Sache ganz anders. In diesem Maschinenzeitalter mit seiner wissenschaftlichen Kriegsführung giebt es für den gewöhnlichen Menschen fast gar keinen Beruf, der so wenig beliebt ist wie der Militärdienst, denn in keinem andern ist der Mensch so völlig dem Willen seines Vorgesetzten untergeben, in keinem andern ist er in dem Maasse einer sich immer wiederholenden Reihe von ermüdenden interessellosen kleinlichen Verrichtungen unterzogen, deren Vollbringung von ihm mit unerbitterlicher Strenge verlangt wird. Die Müheseligkeiten des modernen Soldaten sind nicht die alten Beschwerden, die der Krieger früher zu gewärtigen hatte: anhaltende Märsche unter dem Waffendruck, verzweifelte Angriffe und Vertheidigungen; sie sind dem Ausübenden scheinbar zwecklose Lasten der Disziplin des modernen Maschinenheeres. Das stundenlange steife Stehen, ohne jedwede Muskelbewegung, in knapp anliegendes dickes Tuch eingezwängt, vielleicht unter einer brennenden Sonne, bei einer Truppenschau Ausführungen von Evolutionen, die der Einzelne nicht versteht und in denen er eine bloss mechanische Einheit ist, das sind die modernen Kriegslasten. Das Verhalten einer Eroberer-Nation damals und jetzt kennzeichnet den Umschwung der Verhältnisse; damals galt es, das Recht der Waffentragung dem unterlegenen Volke zu entziehen, jetzt ist dem Besiegten oft die Pflicht aufgezwungen, als Kriegsmaterial in der Armee seines Siegers zu dienen, d. h. in der fremden Kriegsmaschine aufzugehen.

Zu obigen Momenten kommen noch zwei andere hinzu. Moderne Kriege werden für Zwecke geführt, die keinem Ideal für die grosse Masse des Volkes entsprechen — diplomatische und kommerzielle Verwickelungen, was gehen solche Sachen das Gros der modernen Armee, welches aus Proletariern und Bauernsöhnen zusammengesetzt ist, an? Wenn aber die modernen Kriege keinen idealen Reiz für die Mehrzahl der modernen Menschen besitzen, bietet der Krieg überhaupt heut zu Tage keine materiellen oder persönlichen Treffer für diejenigen, welche daran theilhaft sind. Früher konnte der glückliche Soldat ein Vermögen erobern, durch die Plünderung einer einzigen Stadt, dazu standen ihm unzählige Möglichkeiten zu Gebote, an die jetzt nicht mehr zu denken ist. Die Masse des Volkes locken weder hohe Ideale, noch niedrige Habsucht und Vergnügungen im Kriegswesen. Letzteres kann ja als Triumph der Zivilisation gelten, aber nichtsdestoweniger hat das Abschaffen aller dieser Sachen für gewisse Naturen

sicher einen Anziehungspunkt genommen. Die moderne Art, Krieg zu führen, mag moralischer als die frühere sein, dafür aber ist sie eintöniger und interesseloser. Der gemeine Soldat ist jetzt bloß ein Zahn an dem Rade der grossen modernen Armeemaschine, deshalb hat für Alle das Militärleben seinen alten Reiz eingebüsst.

Es dürfte paradox klingen, wenn man angesichts „der aufgeschwollenen Rüstungen“ vom Aussterben des Militarismus sprechen wollte, nichtsdestoweniger sind die Anzeichen dafür da, dass die heutigen Rüstungen nur das letzte Aufbläckern desselben bedeuten; die Belsazarhand zeigt sich schon. Der Druck des bewaffneten Friedens, ein Druck, der nothwendigerweise durch die neuere Entwicklung des Kriegswesens immer grösser wird, muss bald die Grenze erreichen, wo die wirthschaftlichen Verhältnisse der modernen Zivilisation ihn nicht mehr ertragen werden, — wo sie darunter zusammenbrechen müssen. Wenn das der Fall ist, und darüber sind die meisten Autoritäten einig, so muss es einem Jeden einleuchten, dass das Ende in absehbarer Zeit zu erwarten ist. Denn wenn der Militarismus mit der wirthschaftlichen Entwicklung unvereinbar wird, ist derselbe unwiderruflich verurtheilt. In seiner scheinbaren Blüthe, in seiner gewaltigen Ausdehnung liegt die unvermeidliche Ursache seines Sturzes, ebensogut wie in der Vervollkommnung des kapitalistischen Systems der Keim seines Verfalles liegt.

Obwohl die einzige Garantie für die endgiltige Beseitigung des Militarismus in der Verwandlung des bureaukratischen und kapitalistischen Staates in die sozialistische Gesellschaft liegt, ist doch eine thatsächliche Beseitigung des Kriegswesens auch innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems nicht undenkbar. Die weitersehenden kapitalistischen Klassen bleiben über den schädlichen Einfluss des Militarismus auf ihre Wirthschaftsverhältnisse keineswegs im Unklaren, ja, dieser muss, wie man meinen sollte, bald dem Unwissendsten klar werden. Wie der Militarismus von einflussreichen kommerziellen und industriellen Seiten betrachtet wird, ist durch die Art und Weise ersichtlich, in der schiedsgerichtliche Vorschläge von den betreffenden Klassen begrüsst werden. Der moderne Kapitalist würde sich und die Industrie gerne vom Joche des Militarismus befreien, wenn er einen Weg dazu finden könnte, ohne seine eigene Position zu gefährden. Es wäre vielleicht nicht so schwer, für die industriellen und kommerziellen Klassen der zivilisirten Welt ein internationales Abkommen unter einander zu finden und dadurch eine Art kolossalen Ring oder Trust zu Stande zu bringen, anstatt sich mit der heutigen halsabschneidenden Konkurrenz abfinden zu müssen. Nur die geringste Zahl der Industriellen erlangt Vortheil durch den Krieg, für die Mehrzahl ist der Verlust unvergleichlich viel grösser als der Gewinn. Der kluge Grosskapitalist fängt an einzusehen, dass es sich besser rentiren würde, seinen Profit zu theilen, als besagte Konkurrenz, deren ein so kostspieliger Apparat für seine Aufrechterhaltung bedarf, beizubehalten. Für die Eroberung wilder Länder in Afrika oder sonst wo würde ein sehr kleines Söldnerheer, gut bewaffnet und mit genügenden Maximgeschützen versehen, völlig hinreichen; zudem würden sich immer genug Freiwillige für solche Unternehmungen einfinden.

Aber abgesehen von kleineren Schwierigkeiten giebt es noch zwei Hauptübelstände, die zu beseitigen sind, ehe der Kapitalist sich ernstlich an den Militarismus heranmacht. Erstens ist derselbe mit den Interessen der regierenden

Familien und der feudalen Aristokratie Europas eng verknüpft. Diese aber sind jetzt zu sehr mit der kapitalistischen Ordnung im Allgemeinen verbunden, als dass jene ihnen ohne eigene Gefahr ernsthaft zu Leibe gehen könnte. Zweitens, und das ist vielleicht der Hauptgrund in letzter Hinsicht, braucht die Kapitalistenklasse den Militarismus, um ihre Herrschaft über das Proletariat sicher zu stellen. Denn es hat nie eine so wirkungsvolle Waffe, um Volksaufstände zu unterdrücken, gegeben, als gerade die heutigen Armecmaschinen und was damit zusammenhängt. Es bleibt daher immer noch eine offene Frage, ob das Kriegswesen erst mit dem Anbruch einer sozialistischen Gesellschaft sein Ende findet, oder ob es schon unter dem kapitalistischen Regime zu Grunde gehen wird, eine Frage, die voraussichtlich im kommenden Jahrhundert ihre Lösung finden wird.

Skizzen aus der sozialpolitischen Litteratur und Bewegung.

Von
Isegrim.

III. Der Universitätsdozent und der Boykott.

Herr Max von Heckel war dazu berufen, aller Welt das zu künden, was man auf den deutschen Kathedern über den Boykott zu sagen weiss — erst in Conrads Jahrbüchern, dann im Supplementbände des grossen Handwörterbuches der Staatswissenschaften. Das kleinere Elstersche Wörterbuch der Volkswirtschaft giebt soeben unter „Boykott“ abermals einen Extrakt aus Heckel. So erbt sich die Gedankenlosigkeit gleich einer ew'gen Plage fort!

Der Würzburger Dozent beginnt sofort mit einer ganz einseitigen und irreführenden, allerdings für eine Brausewetterische gerichtliche Praxis sehr brauchbaren Definition:

„Boykottiren ist die Verrufserklärung eines missliebigen Arbeitgebers durch die organisirte Arbeiterschaft. Der Geächtete soll durch eine systematische Kundschaftsentziehung entweder wirthschaftlich und gesellschaftlich vernichtet werden, oder durch den auf ihn ausgeübten Zwang sich den Forderungen der Arbeiter unterwerfen.“

Einen Boykott, um Arbeiter zu unterwerfen, giebt es danach nicht. Auch in den wirthschaftlichen Beziehungen zwischen anderen Waarenkäufern und -verkäufern, die sich nicht auf dem „Arbeitsmarkt“, sondern auf dem sonstigen Waarenmarkt gegenüberstehen, giebt es keinen Boykott. Wenn Unternehmerorganisationen oder Staatsbetriebe keinem Gewerkschaftler und Sozialdemokraten seine Arbeitskraft abkaufen, wenn Antisemiten die jüdischen Läden meiden, so sagt uns zwar Herr Heckel nicht, was das ist, aber seine Begriffsbestimmung besagt klar und deutlich, dass das kein Boykott ist.

Indess, es ist schwer, dabei nicht aus der selbstgewählten Rolle zu fallen. Dieses Kampfmittel ist „keine Erfindung des modernen Geistes, keine Schöpfung der sozialistischen Agitation; es reicht mit seinen Wurzeln in die zünftige Handwerksverfassung des Mittelalters zurück.“ Und nun werden wir mit den üblichen Lesefrüchten überschüttet: die wichtigste Maassregel zur Handhabung der Zunftdisziplin war das Schelten gegen den unehrlichen Handwerker; sein Name wurde auf das schwarze Brett gesetzt, kein Geselle durfte bei ihm arbeiten; von der Morgensprache und sonstigen Zusammenkünften der Zunftgenossen war er ausgeschlossen, auf dem Markte kann er seine Erzeugnisse

nicht mehr neben den anderen Meistern, sondern nur drei Schritte davon entfernt ausbieten, er wird nach Umständen überhaupt vom Verkauf auf dem Markte ausgeschlossen. „Hat sich ein Geselle einer Verletzung der Zunftordnung schuldig gemacht, so wird auch gegen ihn durch Verruf vorgegangen, er kann bei keinem zünftigen Meister Arbeit finden.“ Alles ganz richtig und soweit ganz gut. Aber entweder gehört das Alles nicht zum Boykott, oder der Boykott ist eben nicht nur Verrufserklärung missliebiger „Arbeitgeber durch die organisirte Arbeiterschaft.“

Ebensowenig Glück hat dann Herr Heckel mit dem unvermeidlichen Kapitän Boykott, dessen ruhelosen Geist er zur weiteren Eideshilfe aus dem Grabe heraufbeschwört. Hierbei dämmert sogar unserm Dozenten eine klarere Erkenntniß auf, dass dieser Namensvater aller modernen Verrufserklärungen unmöglich mit den „sozialen Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im gewerblichen und industriellen Leben“ in Verbindung gebracht werden kann. „Seine Wiege weist im Gegentheil auf die politisch-agrarische Atmosphäre Irlands hin,“ wie Herr von Heckel sich gewöhlt wie immer ausdrückt. Die Thatsache selber ist allerdings unanfechtbar: die Verrufserklärung — der Boykott, wie es sehr bald bei weniger gelehrten Menschen hiess — war hier eine Waffe der irischen Kleinbauern gegen den englischen Grossgrundbesitz, des Pächters gegen den Landlord, also wieder nicht der „organisirten Arbeiterschaft gegen missliebige Arbeitgeber.“ „Die Fuhrwerksbesitzer wollten ihn nicht fahren, Gastwirthe wollten ihm keine Zehrung reichen, kein Obdach gewähren. Schlächter, Bäcker, Krämer und dergleichen wollten ihm keine Nahrungsmittel verkaufen. Selbst die Eisenbahngesellschaft weigerte sich, den Transport seines gemästeten Viehs nach England zu übernehmen.“ War das noch Boykott? Nach unserm Privatdozenten ist er seines eigenen Namens für unwürdig zu erklären.

Allmählich gleiten wir jedoch in das richtige Fahrwasser. Wir geben wiederum dem glänzenden Stilisten das Wort:

„Die Idee des Boykotts war den Fussspuren des Kapitäns Boykotts nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, namentlich aber nach New-York gefolgt. Hier hat man auch versucht, dieses soziale Kampfmittel auf eine theoretische Grundlage zu stellen. Dabei hat sich aber das System des Boykottens einem anderen Wirkungskreise zugewendet. Es ist der Zusammenhang mit der Agrarfrage gelöst. Der Boykott ist jenseits des atlantischen Ozeans zu einer Waffe der industriellen Arbeiterorganisationen in ihren Kämpfen um die Festigung der Gewerkschaftsbewegung geworden. Und in der That, ihre eigentliche und allgemeine Verbreitung hat sie erst in demjenigen Lande gefunden, welches für alle extremen sozialen Experimente eine so grosse Fruchtbarkeit zeigt Der nordamerikanische Boykott stellt eine Verbindung autochthoner Ansätze mit fremden Elementen dar. Er knüpft an das Labelsystem an und verwerthet die Errungenschaften des irischen Agrarboykotts. (Also doch auch Boykott!) Wir möchten daher seine spezifisch-amerikanische Erscheinungsform bezeichnen als den gewerblich-industriellen Boykott der nordamerikanischen Gewerkschaftsbewegung. In seinem Ziele ist er lediglich darauf gerichtet, der Gewerkschaftsbewegung als Stütze zu dienen und ihre Verbreitung zu fördern Beim amerikanischen gewerblich-industriellen Boykott fehlt aber das rein politische Element vollständig, er hat nur das Ziel im Auge, die materielle Lage der organisirten Arbeiterschaft zu verbessern, ihnen den harten Kampf um die Existenz zu erleichtern. Eine sozialistische Kraftprobe ist ihm fremd, er ist keines der vielen Mittel, durch welche allmählich der Umsturz der privatwirthschaftlich-kapitalistischen Rechts- und Gesellschaftsordnung zum Kollektivismus des sozialistischen Zukunftsstaates angebahnt werden soll. Der amerikanische Boykott ist demgemäss realistisch-positiv, nicht ideologisch-negativ.“

Das Letztere ist, nebenbei bemerkt, ebenso falsch, wie es tiefsinnig klingen soll. Seit dem Boykott des englischen Thees bei Beginn des Unabhängigkeitskrieges ist der Boykott gerade in Amerika, wie in Irland, auch ein politisches Pressionsmittel gewesen. Das dürfte Herrn Heckel kaum ganz unbekannt geblieben sein, wenn er die Schriften alle gelesen hat, die er zitirt. Er schwelgt wahrscheinlich in diesen leeren Phantasieen nur, um den deutschen Boykott um so verwerflicher und — strafbarer erscheinen zu lassen:

„Er steht nicht mehr wie in Nordamerika im Dienste der Gewerkschaftskämpfe, er ist kein Kampfmittel gegen die Feinde der gewerkschaftlichen Evolution, kein Schutzdamm für die gewerkschaftliche Arbeiterschaft, obwohl er seinem Ursprunge nach auf die Gewerkvereinskämpfe hinweist. Seinem ganzen Wesen nach ist das Boykotten ein politisches Kampfmittel der Sozialdemokratie, ein Versuch, die politisch-sozialdemokratische Agitation zu propagiren. Ganz dem Zuge der deutschen Arbeiterbewegung angepasst, ist auch der Boykott nur ein Mittel der Destruktion, eine Sprosse auf der Leiter, welche aus den Sümpfen der kapitalistischen Entartung zum „Himmel auf Erden“ führen soll... Mit einem Worte, der deutsche Boykott ist nur eine Waffe gegen die bestehende Rechts- und Gesellschaftsordnung, ein Kampfmittel zur Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise.“

Komischer Weise musste eine Seite vorher der geduldige Leser noch ruhig mit anhören, dass in Deutschland „dieses Kampfmittel fast ausschliesslich gegen die Bierbrauerei-Industrie benutzt“ wird! Seit wann decken sich denn Bierbrauerei und bestehende Rechts- und Gesellschaftsordnung, in Deutschland oder auch nur in Würzburg?

Die sozialdemokratische Partei hat bekanntlich durch Parteitagsbeschlüsse ausdrücklich erklärt, der Boykott „dürfe unter keinen Umständen zu einem Mittel der politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung werden zu dem Zwecke, die politische Gesinnung oder persönliche Ueberzeugung zu strafen oder die äussere Bekundung einer politischen Meinung oder deren Bethätigung zu erzwingen.“ Unseren Heckel schiebt das wenig:

„Es handelt sich darum, einen Beamten, Politiker und dergleichen mehr (!) durch den Ausschluss von dem Verkehr unmittelbar zu treffen, einen Racheakt an ihm zu verüben, weil er den Bestrebungen der organisirten Arbeiterschaft feindselig gegenübergetreten ist. Man beabsichtigt, die Person durch Repression unter der (!) Gewalt der organisirten Fäuste niederzuwerfen.“

Dann beginnt die bekannte Salbaderei, die sich heute gern wissenschaftlich-parteiloses Urtheil nennt, weil sie erst nach verschiedenen, für das Endergebniss freilich belanglosen Vorbehalten dem Kapital die Stiefel leckt:

„Seinem Ursprung und Wesen nach ist der Boykott destruktiv. Seine nächste Wirkung kann nur die Zerstörung und Auflösung sein. Er steigert die Gegensätze, anstatt sie zu mindern und die beiderseitigen Interessen zu versöhnen...“

Bei diesem Kampfmittel sind nicht nur die kämpfenden Gegner betheilt, wie regelmässig bei einer ArbeitsEinstellung, sondern auch die öffentliche Ordnung ist gefährdet, auf welcher die Coexistenz aller Mitglieder der Gesellschaft ruht. Darum kann auch keiner einzelnen Klasse der Bevölkerung, keiner gesellschaftlichen Schichte ein solch weiter Spielraum für die Entfaltung seiner (!) Kampf- und Machtmittel gewährt werden, der die übrigen beunruhigt, schädigt oder vergewaltigt...“

Der Charakter der Nothwehr ist demgemäss als hauptsächlichlicher Richtpunkt für die sozialpolitische Beurtheilung des Boykotts maassgebend. Wir dürfen dabei aber niemals vergessen, dass jede Nothwehr einen widerrechtlichen Angriff voraussetzt, also hier dem Boykotten eine Unterdrückung der Arbeiter gegenüberstehen muss. Wo bei der Nothwehr dieser widerrechtliche Angriff fehlt, da wird sie zum Verbrechen und der Boykott ohne solche thatsächliche Beeinträchtigung eine nicht zu duldennde Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In beiden Fällen ist von der zuverlässigen Selbstvertheidigung zur Ausschreitung nur ein Schritt...“

Ist dies aber der Fall, dann erscheint als zwingende Konsequenz die Forderung, dass Staat und Gesellschaft die Pfade des Gehens- und Gewährenlassens aufgeben und zu einer positiven Aktion übergeben. . . . Darum wird man, die Strafbarkeit des Boykotts vorausgesetzt, sich auch hier an die leitenden Köpfe der Bewegung halten müssen, man wird nur die Führer strafen können. Damit betreten wir die zweite Möglichkeit, die Anstiftung zum Boykott zu bestrafen. . . .

Ich möchte an dieser Stelle vom sozialpolitischen Standpunkt nur wiederholen, dass meines Erachtens die strafrechtliche Verfolgbarkeit der Aufforderung zum Boykott für die moderne Volkswirtschaft im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenlebens unbedingt anerkannt werden muss, wenn die Bekämpfung der Boykottirungen erfolgreich sein soll. Denn, soviel strafrechtlicher Schutz darf gefordert werden, dass die ruhige Erwerbsthätigkeit durch solche Gewaltsmaassregeln einer Gruppe der Bevölkerung nicht unmöglich gemacht werde.

Herr von Stumm mag sich ruhig und zufrieden niederlegen. Der Boykott ist zwar in Zukunft strafbar. Aber wenn er seine Arbeiter zwingt, ein ihm politisch missliebiges Blatt abzuschaffen, widrigenfalls er auf den Gebrauch und die Bezahlung ihrer Arbeitskraft verzichtet, so ist das kein Boykott. Wenn er den Staatsbehörden und Unternehmern noch so unablässig predigt, alle Sozialdemokraten zu entlassen und auszuhungern, so ist das beileibe keine Anstiftung zum Boykott, für die man die „Führer“ fassen muss. Boykott und darum strafbar ist das Alles nur — wenn es sich die Arbeiter gegen ihre „Arbeitgeber“ erlauben.

So verkündet es die deutsche Universitätswissenschaft durch den Mund des Herrn Max von Heckel. „Maassgebend war mir dabei stets die Harmonie des gesellschaftlichen Zusammenlebens, waren mir die Interessen der Gesamtheit, in deren Bau sich jede soziale Schicht einfügen muss“ — versichert uns Herr Heckel auch noch mit aller Treuherzigkeit in der Einleitung!

Rundschau.

Kunst.

Grosse Berliner Kunstausstellung 1898.

Auch in Berlin hat man den Anregungen folgen wollen, die die Dresdener Ausstellung des vorigen Jahres gegeben hat. Man hat sich bemüht, die Zahl der ausgestellten Arbeiten, die sonst immer mindestens ins dritte Tausend hineinging, etwas herabzudrücken; man hat neben der Malerei auch die anderen Künste stärker herangezogen, hat der Plastik, der Architektur und vor Allem dem Kunstgewerbe einen grösseren Raum zugewiesen, und hatten die Dresdener den Meunier als neue Offenbarung für die Deutschen, so holten sich die Berliner dessen Landsmann van der Stappen. In der Anordnung der Werke wie in der Ausstattung der Räume ist man ebenso dem Vorbilde gefolgt, das schon vor den Dresdnern die Münchener Sezession in ihren kleinen Ausstellungen gezeigt hat. Die Bilder sind nicht so eng zusammengehängt, in einzelnen grossen Räumen fast zu locker, und für eine gleichmässige und ruhige Beleuchtung sind neue Anordnungen getroffen. Im Ganzen hat sich

der äussere Eindruck, den die Ausstellung macht, in der That um Einiges gebessert.

Aber wie es zu gehen pflügt, wenn Berliner Akademiker und der Verein Berliner Künstler etwas unternehmen, etwas Rechtes ist nicht daraus geworden. Die strenge Kritik der Aufnahme-Jury richtete sich vor allen Dingen gegen die moderne Kunst. Bei ihrer Zusammensetzung kann es garnicht anders sein. Diesmal haben die alten Herren es aber ganz besonders toll getrieben. Allenthalben war unter den jüngeren Künstlern eine tiefgehende Erbitterung. Fast hätte Berlin sogar bekommen, was es schon so lange braucht, eine „Sezession“. Man ist wieder auf halbem Wege stehen geblieben. Eine Reihe der besten Berliner Maler, Liebermann, Leistikow, Skarbina, Frenzel, Dettmann, Franck, Brandenburg, Baluschek, Uth, Curt Hermann u. A. haben eine „Vereinigung“ gegründet, die in der nächsten Ausstellung eigene Jury und eigene Säle verlangen oder sich ganz zurückhalten will. Sie würden wohl im Stande sein, gute Ausstellungen zusammenzubringen, und ohne sie würde es in den Berliner Sälen traurig aussehen

Aber es ist nicht viel Verlass auf ihre Energie, wenn man nach der Art, wie die Bewegung in Szene gesetzt wurde, urtheilt. Vielleicht haben sie bis zum nächsten Jahr die schönen Absichten schon vergessen.

Sehr störend fällt in der Ausstellung auf, dass man, von einigen Kollektiv-Ausstellungen abgesehen, jede Gruppierung der Werke vermieden hat. Zusammengeordnet sind nur die Werke der Münchener und der Düsseldorfer. Die glänzende Ausstellung der Münchener Sezession, die den Hauptanziehungspunkt bildet, im Wesentlichen jedoch eine Wiederholung der Münchener Ausstellung vom vorigen Jahre ist, hat man in einige kleine Säle in einem fernen Winkel des Gebäudes verbannt, die Ausstellung der Luitpolder liegt schon neben der Hauptflucht der Säle, und die Düsseldorfer, die von Jahr zu Jahr öder werden, machen sich in einigen grossen Mittelsälen breit — das kennzeichnet den Geist, der die Veranstalter dieser Ausstellung beseelt.

Auch die Karlsruher Künstlerschaft, die in den Berliner Ausstellungen der beiden Vorjahre ihren Ruhm begründete, hat diesmal nicht korporativ ausgestellt. Einzeln sind Hans von Volkmann mit einer Kollektiv-Ausstellung und die meisten jüngeren Karlsruher mit Landschaften vertreten, die alle einen einheitlichen Zug tragen. Es sind tiefdringende Naturstudien voll sicherer und gesammelter Kraft. Ruhige, ausgeglichene Stimmungen, Gelände des deutschen Mittelgebirges, die sich in sanften Wellenlinien hinziehen, kehren am häufigsten auf ihren Bildern wieder. Sie stehen den Worswedern, die sich zum ersten Male in Berlin stärker betheiligen, am nächsten. Unter ihnen steht diesmal Heinrich Vogeler mit seinen Landschaften voran. Frühling: Unter jungen Birken hin geht ein Mädchen, dem Gesang des Vogels, der in den Zweigen sitzt, lauschend. Eben haben sich die braunen Knospen erschlossen, die frischgrünen Blattspitzen spriessen hervor. Ueberall leuchtet das erste zarte Grün. In seinem anderen Bilde, Mondschein, steigt der Mond hinter einem Birkenwalde herauf. Sein mattes Licht spielt um die dunkelgrünen Baumkronen, während in den Tiefen sich dichte Schatten lagern.

Die Werke von Berliner Malern zeigen im Allgemeinen nichts Neues. Heilemann hat ein brillant gemaltes Damenporträt ausgestellt. Die Portraits von Reinhold und Sabine Lepsius, die von einer Sonderausstellung bei Schulte im letzten Winter bekannt sind, erregen allgemeine Aufmerksamkeit durch die feine Charakteristik, die erlesene Farbe und die breite, sichere

Technik. Brandenburg hat ein Kinderbildniss da, spielende Kinder in einem Garten — das frei von jedem „Symbolismus“, in Farbe und Zeichnung ein Meisterwerk ist.

Das Ausland ist nur durch wenige Werke vertreten, die meist im vorigen Jahre schon in München oder Dresden zu sehen waren. Brangwyns Bachuszug, Herkomers Bildniss des General Booth, Larsons 21 köstliche kleine Aquarelle: Haus und Herd, sind besonders hervorzuheben. Von drei Bildhauern ist eine Sonderausstellung veranstaltet: von dem Brüsseler Pierre Charles van der Stappen, dessen Arbeiten allerdings in der Mehrzahl schon in Dresden zu sehen waren, von dem Berliner Max Kruse und von dem verstorbenen Nikolaus Geiger. Kruses Holzbüsten sind ausgezeichnet; mehr noch als die Porträtköpfe Liebermanns, Leistikows und Hauptmanns gefällt das schlechte Bildniss der Mutter des Künstlers. Die Meunier-Ausstellungen sind nicht ohne Einfluss geblieben. Eberlein verarbeitet in lächerlichen Nachahmungen das Motiv Adam und Eva. Auch der Frankfurter Kowarzik zeigt sich in seinen guten Arbeiten von Meunier beeinflusst.

Es ist bezeichnend für die Bedeutung, die das moderne Kunstgewerbe bereits erlangt hat, dass ihm in Berlin ein angemessener Platz eingeräumt wurde. Die Vereinigten Werkstätten für Kunst und Handwerk haben in vier Zimmern eine Sonderausstellung hergerichtet. Es ist dies eine Münchener Genossenschaft, die sich zur Aufgabe gemacht hat, zwischen den modernen Künstlern, die sich dem Kunstgewerbe widmen, und dem Publikum zu Beider Vortheil zu vermitteln. Obrist, Riemerschmid, Schultze-Naumburg und Bruno Paul haben je ein Zimmer entworfen. Von ihnen und anderen Münchenern, wie Endell, Pankok, von Heider, Ule, sind darin Möbel, Glasfenster, keramische Arbeiten, Stickereien u. s. f. ausgestellt. Einhöflich durchgeführte Zimmer konnten auf diese Weise natürlich nicht zu Stande kommen. Viel mehr als Anfänge zeigen die grösseren Arbeiten, in denen das Handwerkliche die Hauptsache ist, namentlich die Möbel, noch nicht. Einzelnes ist auch völlig verfehlt, zum Beispiel ein Schrank von Petrasch, dessen Konstruktion plump ist, und bei dem die grossen Messingbeschläge der Schlösser, die in den Formen Endells gezeichnet sind, sich in geradezu komischer Weise verdrängen. Riemerschmids Möbel — sein Buffet war schon 1897 in München zu sehen — sind dagegen sicher in der Konstruktion, zeugen von feinem Gefühl für die Verhältnisse und sind elegant in den Formen. O. K.

Bücher.

A. Hamon: Déterminisme et responsabilité.
Paris 1898; Schleicher Frères, Éditeurs.
XVI und 240 S. 8°. Preis 2,50 fr.

In dem vorliegenden Buche hat Hamon die ersten Vorlesungen über Kriminologie, die er in der Neuen Universität zu Brüssel hält, veröffentlicht; sie enthalten Studien über die Verantwortlichkeit und die Definirung des Verbrechenens. Wenn man auch seit Jahren viel über Verbrechen und Verbrecher geschrieben hat, so hat man doch bis jetzt keineswegs das Objekt, die Methode der Kriminologie klar festgesetzt. Das Buch Hamons dürfte da zweifellos einen wohlthätigen Einfluss ausüben, indem es die Schriftsteller zwingt, besser zu definiren, besser zu präzisiren und vorsichtiger zu urtheilen. Mit dem Ideengang des Werkes bin ich freilich nicht einverstanden. Ich betrachte das Kriminalrecht rein historisch. Hamon stellt sich auf einen abstrakten Standpunkt, indem er die Kriminologie als eine Art Sozial-Physik zu behandeln versucht, in der man notwendigerweise fest umgrenzte Kategorien aufstellen muss. Er will zunächst das Verbrechen recht ausgedehnt definiren, um dann Vergleiche zwischen den einzelnen Epochen herstellen zu können, ohne durch die ausserordentliche Verschiedenheit der Ausdrücke, die von den Gesetzen verschiedener Zeiten geschaffen worden sind, behindert zu werden. Der Geschichtsschreiber scheut sich sehr vor Vergleichen; er findet sie hinkend im Prinzip und falsch in der Anwendung, er hält es für unmöglich, das Verbrechen von dem jeweiligen juristischen System loszulösen, zu dem es gehört; Gesetz und Strafe drücken beide (ersteres auf abstrakte, letztere auf konkrete Art) das Verhältniss der Gesellschaft zum Verbrecher aus. Für den historischen Kriminalisten ist der Mensch der verschiedenen Epochen, und nicht die Kategorie Verbrechen interessant. Besonders wichtig für ihn ist das Studium der allmählichen Umgestaltung der Vorstellungen über Verbrechen, ihre Umwandlung in Handlungen, die nicht mehr verbrecherisch, sondern nur noch unmoralisch sind etc.

Hamon giebt eine sehr geistreiche Definition über das Verbrechen: jede bewusste Handlung, die die Freiheit eines Individuums verletzt, das von gleicher Art wie der Urheber der Handlung ist. Diese Definition schliesst viele Handlungen ein, welche die Gesetze nicht als Verbrechen ansahen, die nur das feinere Gewissen der Minorität als solche empfindet. Dann befinden wir uns aber nicht mehr auf juristischem, sondern auf

ethischem Gebiet. Das Strafrecht hat sehr verschiedene historische Quellen, auch unsere modernen Gesetzbücher können ihm kein besonderes Gleichartigkeitsgepräge verleihen. In der Praxis kommen die Schwierigkeiten, welche das Gesetz angeblich nicht kennt, sehr deutlich zum Vorschein; es giebt Vergehen, welche die Geschworenen mit einer besonderen Nachsicht behandeln, selten sehen sie Handlungen als verbrecherisch an, die an zivilrechtliche Streitigkeiten grenzen. Dieser Klasse von Zivilstreitigkeiten entlehnt Hamon die Grundzüge für seinen Typus: jede Störung im Besitz soll als Verbrechen angesehen werden können. Für ihn beginnt also das Gebiet der Kriminologie da, wo die Praxis es verlässt; natürlich läuft sie so Gefahr, jeden Zusammenhang mit der Wirklichkeit zu verlieren und sich mit dem zu beschäftigen, was sein sollte, statt mit dem, was ist.

Die Frage der Verantwortlichkeit müsste nach meiner Ansicht vom historischen Standpunkte aus behandelt werden; die Frage ist nicht neu; sie ist an dem Tage entstanden, an dem die moralische Kasuistik und die Physiologie der Empfindungen auf die Rechtswissenschaft angewandt wurden. Die italienischen Juristen der Renaissance haben uns sehr wichtige Schriftdenkmäler hinterlassen, welche die Behörden des Ancien Régime in allen schwierigen Fällen benutzt haben; sie suchten sich Regeln zu verschaffen, um die Strafen im Hinblick auf die Persönlichkeiten (Frauen, Kinder, Bauern, Soldaten, die einfach und ungebildet waren), oder im Hinblick auf die Umstände (Zorn, Liebe, Schmerz) zu mildern. Sie beschäftigten sich damit, Unterschiede hervorzuheben und mehr oder weniger wirksame Milderungsgründe anzuführen. Ihr Gesichtspunkt hat viel Aehnlichkeit mit dem der zahlreichen Irrenärzte, die für eine Verringerung der Verantwortlichkeit eintreten. Die Verfasser des Code Napoléon sind hier, wie in vielen anderen Fällen, aus dem Wunsche heraus, die Schwierigkeiten zu vermeiden, mit rücksichtsloser Brutalität verbunden. Ebenso wie sie jeden Unterschied zwischen dem Verbrecher und seinen Mitschuldigen beseitigt hatten, wollten sie die mildern Umstände, die eine weise und scharfsinnige Rechtsprechung angeführt hatte, fortschaffen: man entscheidet darüber, dass der Mensch entweder ganz oder garnicht verantwortlich sei. Das napoleonische Recht war eine Reaktion gegen die humanitären Bestrebungen der Philosophen; der Kaiser war moralischen Betrachtungen gegenüber wenig zugänglich; für ihn war die Zweckmässigkeit, sogar die unmittelbare Zweckmässigkeit Hauptgesetz. Die ganze Straf-

rechtsgeschichte zeigt uns einen fortwährenden Kampf der Philosophie gegen die Nützlichkeitspolitik. Wenn es der ersteren gelungen war, die Strafen zu mildern, so schritt die letztere mit ihrer Abschreckungstheorie ein: im XVII., XVIII. und selbst im XIX. Jahrhundert sieht man diese mächtigen und wilden Stüsse des Strafsystems. Während aber die Praktiker (gesetzskundige Behörden und Aerzte) allmählich zu dem alten System zurückkehrten und nun den Begriff der verminderten Verantwortlichkeit oder der mildernenden Umstände einführen, hielten die französischen Theoretiker an der napoleonischen Formel wie an einem philosophischen Axiom fest. Wie kann man dieses merkwürdige Verfahren erklären?

Um den Begriff der napoleonischen Verantwortlichkeit zu verstehen, muss man auf die spiritualistische Verstellung zurückgreifen, die seit mehr als einem Jahrhundert populär geworden ist: man betrachtet den Menschen einerseits als Menschen, andererseits als animalische Maschine; der Mensch ist eine Intelligenz, die nur logisch denken kann, er hat ein moralisches Gewissen, welches nur auf Gutes hinweisen kann; — alle Menschen sind gleich und gut, so lange man sie als Menschen ansieht; aber die Maschine ist oft böse. Für den Code Napoléon ist die Maschine gut oder böse, der Mensch verantwortlich für seine Handlungen oder geisteskrank; für ihn giebt es keinen Mittelweg. Aber seit 1810 hat man eingesehen, dass der Organismus viel komplizirter und feiner ist, als es die Rathgeber des Kaisers vermuthet haben; man ist zu der Erkenntniss gekommen, dass fast alle Verbrecher angeborene oder erworbene Charaktereigenschaften hätten; besonders erkannte man mit Schrecken, dass die fürchterlichsten Verbrecher kein normales Gehirn hätten. Es ist bekannt, welcher Zorn Napoléon erfasste, als er erfuhr, dass man zum Code civil Erläuterungen hinzufügte; man zerstörte sein Werk; er begriff es nicht, dass man über das gesetzlich festgesetzte Recht diskutieren könne. Als er über das abnorme Gehirn sprechen hörte, glaubte er, dass seine Macht gefährdet sei; die Vorträge Galls wurden als verdächtig angesehen. Diese Anschauungsweise hat wissenschaftlich zwar keinen Werth; aber sie hat die französischen Schriftsteller angeregt, sich mit dem Studium der Kriminologie zu beschäftigen: die Einen waren Beamten, welche sich keine Mühe gaben, sich über die historische Rechtswissenschaft zu instruiren, und welche die Theorie des Code als Axiom annahmen; die Andern waren Aerzte, welche die Trümmer der philosophischen Lehre, die sie im Kolleg

gehört hatten, für das A und O der Metaphysik hielten. Alle waren einmüthig in der Anerkennung zweier Prinzipien:

1. Das Strafrecht beruht auf der vollständigen Verantwortlichkeit des normal freien Menschen.

2. Der Mensch ist für seine Handlungen verantwortlich oder geisteskrank.

Dies sind zwei Hypothesen, die man natürlich zurückweisen muss; die zweite ist eine willkürliche Definition, und die erste steht im Widerspruch zu der geschichtlichen Entwicklung der Rechtswissenschaft.

Ich will mich hier auf einen Berufsphilosophen beziehen, den Verfasser des vollständigsten und besten Werkes, welches man in Frankreich über das liberum arbitrium hat, auf Fonssegrive, der, in seinem Essai sur le libre-arbitre, folgendes sagt: „Die Gesellschaft straft nicht . . . es genügt ihr, wenn sie keinen Unschuldigen trifft und nur den Schuldigen erreicht. . . Die Strafgesetzgebung wird sich nicht zu verändern haben, welches auch immer die metaphysische Meinung des Gesetzgebers sei.“ Nur glaubt er, dass der deterministische Gesetzgeber vielleicht eher geneigt sein wird, im Namen der Soziologie selbständiger aufzutreten.

Ich glaube, dass die Beweisgründe gegen das liberum arbitrium nicht sehr beweiskräftig sind, da Hamon (mit vielen andern Schriftstellern) behauptet: Frei sein, heisst: sich ohne Motive entschliessen. Fonssegrive sagt etwas ganz anderes: „Es ist sehr wichtig, dass man nicht die Handlungen, welche plötzlich und mechanisch unseren Vorstellungen folgen, mit den Handlungen erwechselt, die unseren Vorstellungen erst dann folgen, wenn der Geist über ihre Konsequenzen nachgedacht und sich über den Werth der Resultate klar geworden ist . . . diese nennen wir freiwillig; in ihnen allein zeigt sich das liberum arbitrium, wenn es irgend wo überhaupt zu finden ist.“ Lange hat man angenommen, dass die Freiheit ein Gegenstand psychologischer Untersuchung sei; heute ist dieser Gesichtspunkt aufgegeben worden, und Fonssegrive behauptet, dass dieses Problem in die Metaphysik gehöre.

Die Quintessenz des Hamonschen Buches scheint mir folgende zu sein: Um das Recht ist es schlecht bestellt, wenn es nur von Rechtsgelehrten und philosophirenden Dilettanten, welche eine Metaphysik auf Grund der Illusionen ihrer Einbildungskraft schaffen wollen, betrieben wird. Gegen Schriftsteller dieser Art richten sich vornehmlich die Beweisgründe unseres Genossen. G. S.

Verantwortlich für die Redaktion: Hugo Warschawski in Berlin.

Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Stein St. 11, Berlin C. (Eigentümer: Dr. R. Friedeberg in Berlin; Druck von Max Bading, Beuth St. 2, Berlin SW.)